

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 15 Reichspf. Einzelverkaufspreis: 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46  
Fernruf 905 nur Redaktion  
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtpaltene Zeile oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärts 25 Reichspfennige. Beilagen, Arbeits- und Wohnungsangelegenheiten 15 Reichspfennige. Reklamen 80 Reichspf. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle  
905 nur Redaktion

# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 64

Dienstag, 17. März, 1925

32. Jahrgang

## Und wieder rufen wir zum Kampf!

### An die Partei!

Der Kampf um die Reichspräsidenschaft ist eröffnet. Genosse Otto Braun ist unser Kandidat. Die Feinde der Republik zu schlagen, ist unser Ziel.

Nur tut zum Schutz der Republik eine starke Sozialdemokratie. Darum soll die Partei am 29. März ihre Kräfte zeigen.

Ungewiß ist der Ausgang dieses Kampfes. Gewiß ist, daß jede für unseren Kandidaten abgegebene Stimme als klarstes, entschiedenstes

#### Bekanntnis zur Republik

politisch ins Gewicht fällt.

Der verstorbene Reichspräsident, Genosse Ebert, hat sein Amt in vorbildlich unparteiischer Weise geführt. Nichts anderes erwarten und verlangen wir von seinem Nachfolger. Darum hat der Parteivorstand einstimmig zum Kandidaten den Genossen Otto Braun bestimmt, in dem er den Geeignetesten und Würdigsten erblickt, das große Erbe zu übernehmen.

Wie Ebert ist auch Otto Braun ein echter Sohn des Volkes, der sich durch eigene Kraft aus der Werkstatte zu führenden Stellen im Staat emporgearbeitet und in ihnen sein Können glänzend bewährt hat. Im Kampfe gegen die Rechtslosigkeit im Obrigkeitsstaat trug er ehrenvolle Wunden davon. Als einer der wenigen Vertreter des arbeitenden Volkes stritt er im preussischen Dreiklassenparlament für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger im Geiste der Demokratie und des Sozialismus.

Er ist einer von denen, die der Frau das gleiche Recht als Staatsbürgerin erobert haben. Die Landarbeiter hat er von den Fesseln der Gefindeordnung befreit.

#### Demokratisches Freiheitsstreben, soziales Mitgefühl, unteilige Verbundenheit mit den Massen des werktätigen Volkes

kennzeichnen sein Wesen und Wirken.

Als Ministerpräsident des Freistaats Preußen hat er in dreieinhalbjähriger Regierungszeit Entscheidendes dazu beigetragen, das deutsche Volk vor schwersten inneren Erschütterungen zu bewahren und

#### die Einheit der Deutschen Republik

zu erhalten. Er hat dafür den Dank und die Anerkennung aller Parteien erworben, die mit ihm zusammen gearbeitet haben.

Wir dürfen darauf vertrauen, daß die Kandidatur des Genossen Otto Braun bis weit über den Kreis unserer Partei hinaus werbend wirken wird.

Für sie gilt es jetzt, alle Kräfte einzusetzen, auf daß der 29. März ein Ehrentag für die Sache des arbeitenden Volkes werde! Es gilt, im Volk Verständnis dafür zu erwecken, daß ein Monarchist, ein Kandidat monarchistischer Parteien nicht Oberhaupt eines republikanischen Staatswesens werden darf.

Hinter dem Kandidaten der Rechtsparteien steht die gesamte Macht des Großagrariertums und der Schwerindustrie,

der Leute, deren wirtschaftliches Programm sich in der Vertenerung der Lebensmittel, der Niederhaltung von Löhnen und Gehältern, der Verlängerung der Arbeitszeit erschöpft. Um dieses Programm zu verwirklichen, haben sie in der Reichsregierung alle ihre angeblichen „nationalen Ziele“ preisgegeben. Gläubiger und Sparer haben sie mit ihrem Aufwertungsversprechen in schamloser Weise geprellt. Dafür haben sie sich von der Regierung ohne Nachprüfung und Kontrolle 715 Millionen Goldmark als Entschädigung für den Ruhestampf bezahlen lassen. Zu nichts anderem ist der Staat für sie da, als dazu, ihre maßlosen Machtansprüche zu befriedigen.

Zu diesem Ziel bedienen sie sich ihrer gekauften Presse, die beauftragt ist, gegen ihre einzig gefährliche Gegnerin, die Sozialdemokratie, täglich das Gift der Verleumdung in das Volk zu streuen.

Hilfe finden sie bei einer Partei, die sich eine Arbeiterpartei zu nennen wagt. Die kommunistische Partei, die der Rechtsregierung im Reich in den Sattel geholfen hat und die in Preußen alles tut, um den Machtkampf der Rechten gegen die Sozialdemokratie erfolgreich zu gestalten, hat auch zu diesem Wahlkampf im Interesse der Reaktion einen Zerpfitterungskandidaten aufgestellt. Sie hat das getan, obwohl sie weiß, daß die Stimmen, die sie dem sozialdemokratischen Arbeiterkandidaten zu entziehen versucht, nur den Feinden der Arbeiterklasse und der Republik zugute kommen können.

Im Kampf gegen diese Niedertracht gilt es,

die höchste Kraft zu entfalten.

Es gilt zu verhindern, daß das Erbe Friedrich Eberts in unwürdige Hände gerät.

Die Feinde der Republik geben sich der Hoffnung hin, im ersten Wahlgang den Sieg erringen zu können. Das soll ihnen nun und nimmer gelingen! Keine Zerpfitterung, keine Wahlmüdigkeit,

alle Wählerinnen und Wähler am 29. März an die Urne für Otto Braun!

Mit ungeheuren Mitteln ausgerüstet, ziehen unsere Gegner in den Kampf. Nur die höchste Opferwilligkeit und Kampfbereitschaft unserer Genossen vermag ihnen ein Gegengewicht zu bieten.

Genossinnen und Genossen! Bedenkt, daß es um eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung geht! Bedenkt, daß es darum geht, in schwerem Ringen die höchste Kraft der Republik und des arbeitenden Volkes zu erproben!

Nur durch Opfer zum Ziel!

Nur durch Kampf zum Sieg!

Der Parteivorstand.

## Der Kampf der Eisenbahner.

Der Schiedsspruch abgelehnt.

Berlin, 16. März. (Eig. Drahtb.)

Der Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsminister ernannten Schlichters vom 13. März 1925 wird von den Vorständen der vertragsstiftenden Organisationen aus folgenden Gründen abgelehnt:

1. Die Pohnzulage trägt den Erfordernissen der Lebenshaltung nicht genügend Rechnung und ist angesichts der vom Personal verlangten Arbeitsleistung zu gering. Bindungen über die bisher im Tarifvertrag vorgezeichneten Fristen hinaus können nicht anerkannt werden.

2. In der Arbeitszeitfrage ist der Schiedsspruch unannehmbar, weil er nicht nur keine positive Verbesserung der Arbeitszeit enthält, sondern auch entgegen dem bisherigen Rechtszustand eine unerträgliche Bindung bis zum 22. Oktober 1925 festsetzt.

Die Vorstände sind jedoch bereit, in neuen Verhandlungen unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministers eine erträgliche Regelung zu suchen.

Eine weitere Verbreiterung des Kampfes sowie Wiederausnahme der Arbeit darf nur auf Anweisung der Organisationsleitungen erfolgen.

Deutscher Eisenbahnerverband,  
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner,  
Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Dazu wird aus Berlin geschrieben:

Steigende Erregung im ganzen Reich.

Hannover, 16. März. (Eig. Drahtb.)

Seit Montag morgen 6 Uhr sind die Belegschaften der Güter-Abfertigung Bremen und des Güterbodens Bremen Hauptbahnhof in den Streik getreten. Die Güterbodenarbeiter Hannover-Nord streikten ebenfalls seit Sonnabend nachmittag. Die Erregung der Belegschaften über den Schiedsspruch und die von der Reichsbahnverwaltung verdrängten Verhandlungen sind die Ursache. Die geldliche Forderung der Eisenbahner war 6 Pfg. Lohnerhöhung ab 1. März pro Stunde, im Schiedsspruch werden ihnen nur 3 Pfg. zugesprochen. Obwohl die Wirtschaftslage der Eisenbahner durch Erhöhung um 3 Pfg. nicht wesentlich gebessert wird, würden sie sich dennoch damit abfinden haben, wenn nicht bei dieser Lohnregelung gleichzeitig den Eisenbahnern auferlegt werden sollte, daß vor dem 30. Juni 1925 erneute Lohnforderungen von der Organisation nicht gestellt werden dürfen. Die Belegschaft des großen Eisenbahnerausbeamerkes Neunhausen erklärt den Schiedsspruch für unannehmbar und verpflichtet sich zur strengsten Solidarität gegenüber den streikenden Kollegen.

Stuttgart, 16. März. (Eig. Drahtb.)

Eine Konferenz der Ortsgruppenleiter des Bezirks Württemberg des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm zum Schiedsspruch für die Reichsbahn eine Entschiedenheit an, in der sie den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums in bezug auf Lohn- und Arbeitszeitfragen als unannehmbar bezeichnet. Die Ortsgruppenleiter sehen in dem Schiedsspruch eine Verhinderung des Tarifvertrages, weil den Organisationen auf Monate hinaus die Hände gefesselt werden. Von der Verhandlung erwarten sie die klare Zurückweisung des Schiedsspruches. Gegenüber einer Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium fordern sie von der Verbandsleitung die Ergreifung der geeigneten Maßnahmen, um mit allen Mitteln eine solche Gewalttat abzuwehren, und erklären sich mit ihren Ortsgruppen bereit, nicht nur materiell, sondern auch mit Einsatz ihrer ganzen Person und Existenz in den Kampf einzutreten. Die Stimmung in den Belegschaften ist sehr erbittert, vor allen Dingen wegen des ganzen Verhaltens der Verwaltung den Arbeitern gegenüber. Die fortgesetzte Herabsetzung der Gehaltsätze, die übermäßig lange Arbeitszeit im Verkehr haben eine Stimmung erzeugt, die gerade durch den Druck auf die Arbeitsfreudigkeit des Personals das Gegenteil von dem bewirkt, was die Verwaltung mit ihren Maßnahmen erstrebt.

## Chamberlain wieder bei Herriot.

Gespräche hinter verschlossenen Türen.

SPD. Paris, 16. März. (Eig. Drahtb.)

Herriot, der am Montag normittag längere Zeit mit dem Präsidenten der Kammer Pauline konferierte und sich von Briand Bericht über die Genfer Verhandlungen erstatten ließ, hat am Montag nachmittag den englischen Außenminister Chamberlain empfangen, um mit ihm den Meinungsaustausch über die schwebenden internationalen Fragen fortzusetzen.

Paris, 17. März. (Radio.)

Die französische Regierung verbreitet über die Unterredung zwischen Herriot und Chamberlain folgende Mitteilung:

„Bei der Rückkehr aus Genf hat Chamberlain dem Ministerpräsidenten Herriot den verabredeten Besuch abgestattet. Im Laufe einer langen Unterredung haben die beiden Minister den Meinungsaustausch fortgesetzt, der zwischen ihnen über die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik, über das Sicherheitsproblem begonnen hat in der Absicht, in voller Uebereinstimmung Lösungen zu suchen, die für beide Länder annehmbar sind. Die Besprechung hatte zum Resultat, daß die hauptsächlichsten Punkte der vorliegenden Probleme präzisiert wurden. Die Verhandlungen werden auf diplomatischem Wege in freundschaftlichem Charakter und in Fühlung mit den anderen Mächten fortgesetzt werden.“

## Briand über Deutschland und Frankreich.

Der künftige Pakt ist erneut garantiert. — Mißtrauen gegen Stresemann.

SPD. Genf, 14. März. (Eig. Drahtb.)

Briand erklärte am Sonnabend dem Vertreter des „Soz. Pressedienst“ in Genf:

Trotz der Haltung Englands bin ich der Ansicht, daß das Genfer Protokoll nicht begraben ist. Es wird in mehr oder weniger veränderter Form doch die Grundlage für kommenden großen Sicherheitspakt der Völker Europas abgeben. Daß Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund immer wieder mit Begründungen verzögert, die in den Augen des Auslandes manchen Mißverständnissen ausgelegt sind, erschwert die baldige Lösung des Sicherheitsproblems. Die letzte Rede Stresemanns bringt nicht die geringsten neuen Gesichtspunkte und erschwert unnötigerweise die notwendigen Verhandlungen für den Eintritt Deutschlands. Ich wiederhole noch einmal ausdrücklich, daß Deutschland jederzeit unter Gewähr eines künftigen Paktes eintreten kann, aber Vorbehalte und Reservatrechte können ihm auf keinen Fall zugestanden werden.

Das Angebot eines deutschen Garantiepaktes ist ganz besonders auch in Frankreich mit großer Aufmerksamkeit geprüft worden, doch kann ich nicht behaupten, daß die öffentliche Meinung ungeteilt für die Annahme gestimmt hat. Das liegt sicher zum Teil an den veränderten politischen Verhältnissen. Man kann in Frankreich nicht übersehen, daß das Angebot von einer

deutschen Rechtsregierung ausgeht, von deren demokratischen Ueberzeugungstreue man im Auslande noch keine greifbaren Beweise gesehen hat. Ich bedauere deshalb ganz besonders, daß Wirth, dessen Ehrlichkeit und demokratischen Freisinn ich stets hoch geschätzt habe, nicht mehr in der Regierung ist. Meine gegenwärtigen Versuche, mit ihm zu einer Verständigung zu kommen, scheiterten leider an der Ungunst der politischen Verhältnisse. In gleichem Sinne ist auch der Tod Eberts außerordentlich beklagenswert. Ebert war in den Augen Frankreichs die Verkörperung der deutschen Demokratie. Trotzdem bin ich kein Pessimist in bezug auf die deutsch-französische Annäherung. Wir müssen nur Vernunft haben und vor allen Dingen lernen, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten endlich einmal über die politischen Hürden zu setzen. Ich hoffe dabei ganz besonders auf die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Arbeiter.

Die Erklärung der deutschen Regierung, eine Regelung ihrer Obergrenzen auf friedlichem Wege anzuhängen zu wollen, hat eine gewisse Beruhigung hervorgerufen. Ich glaube, daß diese Beruhigung übertrieben ist. Meiner Ansicht nach werden Polen und Deutschland sich früher oder später verständigen können, um einen modus vivendi zu finden, vorausgesetzt, daß auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist. Eine gewaltsame Lösung aller derartigen Fragen würde natürlich nur den Krieg bedeuten. Ich sehe aber nicht, wie es nochmals zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen soll, wenn Deutschland erst Mitglied des Völkerbundes ist. Alle jetzt noch bestehenden Schwierigkeiten, und ich denke dabei ganz besonders an die deutsch-französischen Kontroversen, werden sich viel leichter lösen lassen, wenn durch den Eintritt Deutschlands eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen worden ist.



# Die Sozialdemokratie im Kriege.

## Wels über die traditionelle Haltung der Partei. — Herr Wallraf wollte sich nichts vergeben. — Renegaten und Spitzelberichte.

SPD. Magdeburg, 16. März. (Eig. Drahtb.)

Am Montag, dem 6. Verhandlungstag im Magdeburger Verleumdungsprozess, richtete der Vorsitzende zunächst an den Angeklagten die Frage, welches Material er für den Ebert gemachten Vorwurf des Landesverrats hat. Wieder ist der Angeklagte sichtlich peinlich berührt, daß man von ihm etwas wissen will. Nach langem Zögern beruft er sich auf die vier Punkte im Bismarck-Urteil. Auf den Schriftsatz, den Dr. Wenker in München in dem im Jahre 1923 eingeleiteten Strafverfahren eingereicht hatte, kann sich der Angeklagte nicht besinnen.

Nachdem der Schriftsatz verlesen ist, wird als Zeuge vernommen

### Abgeordneter Wels,

der damals schon dem Parteivorstand angehörte. Der Zeuge schildert in Uebereinstimmung mit den Aussagen früherer Zeugen die Beschreibungen im Parteivorstand am Tage des Streikausbruchs, als die sozialdemokratischen Delegierten aus den großen Betrieben kamen und dringend den Eintritt in die Streikleitung verlangten. Anschließendend für den Eintritt sei schließlich gewesen, dem Streik so schnell wie möglich ein Ende zu machen und dazu mit den Behörden in Verbindung zu treten, um den Schaden auch nach dem Ausland hin auf das geringste Maß zu beschränken. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu diesem Streik war eine traditionelle. Zum erstenmal hat die deutsche Sozialdemokratie auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart 1907 zum militärischen Streik Stellung genommen. Damals lag ein Antrag des Engländers Keir Hardie und des Franzosen Vaillant vor für einen Streik im Kriegsfall. Es kam zu

heftigen Auseinandersetzungen zwischen Bebel und Jaures, der die Möglichkeit eines solchen Streiks für gegeben sah, während Bebel dagegen war. Für uns deutsche Sozialdemokraten bestand schon damals die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges. Solange wie die deutsche Sozialdemokratie besteht, sind mir ertragen in dem Gedanken, daß ein Krieg mit Rußland und Frankreich zugleich der Zusammenbruch der europäischen Demokratie sei und Rußland zum Herrscher Europas mache. Auch 1910 auf dem Internationalen Kongress in Kopenhagen haben wir daher den Streik gegen den Krieg ebenfalls abgelehnt. Als später Karl Liebknecht sich den Antrag Hardie-Vaillant zu eigen machte, wurde er aufs härteste abgelehnt. Einer der Hauptgründe war für uns die Erwägung,

daß Deutschland die härtesten Arbeitermassen in der Sozialdemokratie organisiert hatte, während Rußland ein Millionenheer von Analphabeten und Unorganisierten aufstellen konnte, die dem Streik nicht gefolgt wären, sodas Deutschland überannt worden wäre.

Das habe ich auch auf dem ersten Internationalen Kongress nach dem Kriege im Januar 1919 in Bern ausgeführt, als von den Franzosen der Antrag gestellt war, Scheidemann, Ebert und andere aus der Internationale auszuschließen.

Weiter befindet der Zeuge Wels noch: Als es sich um den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung des Prinzen Max handelte, war ich gegen den Eintritt, weil nunmehr, nachdem das Telegramm Ludendorffs und Hindenburgs um Waffenstillstand vorlag, die Situation unheilbar verschoben war. Die Verantwortung dafür sollten diejenigen tragen, die während des Krieges die politische Macht hatten. Unter vier Augen sagte ich zu Ebert: „Wißt du unsere Partei in die Kontingente der Hohenzollern werfen?“ Da erklärte mir Ebert:

„Es geht nicht um die Hohenzollern und nicht um die Partei, sondern um unser Land und unser Volk.“

Wenn wir das Land verstopfen können, an dem das Schiff des deutschen Volkes zu Grunde zu gehen droht, dann hat die Partei ihren Zweck erfüllt.“ Diesen Standpunkt hat Ebert dann mit großer Schärfe vor Parteivorstand und Fraktion vertreten.

Der nächste Zeuge ist der ehemalige

### Regierungsrat Henninger,

während des Krieges Vertreter der Politischen Polizei beim Oberkommando der Marine. In geschwägerter Beziehung hält er einen langen Vortrag über die Ereignisse jener Zeit, nachdem er als Pensionär der Republik seit dem ersten Prozeß die Bibliothek durchgearbeitet hat, um wie er antwortet, über jene Streikereignisse ein Buch zu schreiben. Gegenüber Entwürfen Eberts im Anschluß des Reichstages zu den Streikvorgängen in Oesterreich plärrt der Zeuge aus der „Kreuzzeitung“ die Fortsetzung:

„Von rechts wegen gehören Ebert und Scheidemann auf den Sandhaufen.“

Das sei die Auffassung in den nationalen Kreisen gewesen, fügt er hinzu.

Zum Schluß verlegt der Zeuge dem Staatssekretär Wallraf noch einen Hieb, indem er bestätigt, daß sich das Oberkommando mit diesem in Verbindung setzte, damit mit den Streikenden nicht verhandelt werde. Das wisse er von zuverlässiger Seite. Um 1.15 Uhr tritt eine zweistündige Mittagspause ein.

In der Nachmittags Sitzung wird zunächst der bisherige preussische Ministerpräsident und jetzige Reichspräsidentenwahlkandidat Otto Braun, vernommen. Er bestätigt die Angaben Scheidemanns über den Streikausbruch und die Stellung des Parteivorstandes zum Eintritt in die Streikleitung.

Der nächste Zeuge Giesberts war damals als Schriftführer der Gewerkschaften parlamentarischer Berater im Wirtschaftsministerium und hat den Munitionsarbeiterstreik mit den Herren v. Stein und Wallraf besprochen. Er bekundet: Ich habe Wallraf gesagt: „Lassen Sie die Leute nicht weggehen. Das Schlimmste ist wenn eine Deputation, die gehört sein will, abgelehnt wird. Daran sind immer die schlimmsten Folgen entstanden.“ Ich hat, daß die Deputation empfangen werden sollte. Herr Wallraf war anderer Meinung. Er blieb bei seiner Weigerung, weil er meinte,

er würde sich etwas vergeben, wenn er mit der Deputation verhandeln würde.

Der Zeuge unterstreicht: Ich habe es bedauert, daß die Sache diesen Ausgang nahm und habe das Ministerium dann verlassen. Ich bin überzeugt, wenn man verhandelt hätte, wäre der Streik innerhalb 24 Stunden beigelegt worden. Es handelte sich nur darum, für die Streikleitung eine Formel zu finden, um die Waffen zur Hand zu bringen.

Landtagsabg. Erhard Häcker schildert den Streikausbruch in den Goerz-Werken, wo er selbst, obwohl der USF angehörend, als Delegierter gewählt wurde, am beim sozialdemokratischen Parteivorstand vorstellig zu werden. Er bestätigt, daß der Parteivorstand und insbesondere Ebert zunächst das Eintreten in die Streikleitung scharf abgelehnt haben.

Dramatisch gestaltet sich dann

### eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Zeugen

Henninger und Wels,

als dieser mehrere Behauptungen Henningers richtigstellte und die Unmöglichkeit vieler von ihm vertretener Aussagen nachweist. Gegenüber Henninger, der sich auf seine gute Kenntnis der Vorgänge bei der Sozialdemokratie etwas zugute tut, erklärt Wels, daß dieser nur auf Spitzelberichte angewiesen gewesen sei und daß Spitzelberichte immer unzuverlässig seien.

In dem Subdirektor Eugen Erck aus Koblenz

# Der Kandidat des Großkapitals

Gestern bringen nun auch die hiesigen Zeitungen den Aufruf, der für Herrn Jarres Stimmung machen soll. Aber — siehe da, welch' edle Bescheidenheit! — die Namen der deutschen Männer und Frauen, die ihren Namen darunter gesetzt haben, werden verschwiegen. Nur ein Reichsbild — das ist die offizielle Bezeichnung für die kurz gebliebene Hälfte des Bürgerblocks — zeichnet verantwortlich und außerdem wird noch berichtet, daß der alte Hindenburg um die Ehre gebeten habe, seinen Namen mit unter dieses mageren Ergebnis angestrebten Parteikuhhandels setzen zu dürfen.

Warum schweigt man von den anderen? — Nun, die Namen Böglner und Borzig, auf die wir schon gestern hinwiesen, haben offenbar doch nicht die rechte Zugkraft. Und noch weniger dürfte das von Herrn v. Kallinger der Fall sein, der als Hauptling der bestützten Organisation Consul alles darangesetzt hat, den Bürgerkrieg in Deutschland zu entfesseln. Auch er ist jetzt für den „Ordnungsmann“ Jarres. Eine feine Ordnung muß das sein, der Herr v. Kallinger seine Unterschrift gemährt, Arm in Arm mit den evangelischen Jungfrauen Deutschlands!

Es ist die Ordnung des wilhelminischen Deutschland, die hier geboten werden soll. Es ist der alte Zuchtstaat der Generale, Schlotbarone und Pfaffen, dem Jarres wieder die Wege ebnet!

Wehr Volk, Arbeitsmann!



erzucht dem Angeklagten ein eifriger Bekämpfer der Sozialdemokratie, der auch heute noch seiner nationalgefehlten Meinung über die Beteiligung der Sozialdemokratie an diesem Streik Ausdruck verleiht. Entsetzt springen die Verteidiger auf, als er erklärt, nichts davon zu wissen, daß die Christlichen und die Gelben eine andere Haltung zum Streik eingenommen hätten.

Diesem Zeugen würdig erweist sich der ehemalige Vorsitzende des Buchbinderverbandes Roth, der, wie auch in der ersten Instanz, auch diesmal in geschäftiger hartnäckiger Weise, ohne tatsächliches Material vorzubringen, seine Renegaten-Meinung gegen die Führung der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften vorträgt. — Abends um 6.10 Uhr werden die Verhandlungen auf Dienstag vormittag vertagt.

## Weiterer Abbau in Moabit.

Henry Barant aus der Haft entlassen.

Die Staatsanwaltschaft in Moabit baut weiter ab. Sie hat nachträglich der Haftbeschwerde bezüglich Henry Barant doch noch stattgegeben und dieses unter großem Aufwand verhaftete Opfer der von den Deutschen betriebenen Hehe am Montag auf freien Fuß setzen müssen. Außerdem wurde der Finanzrat Kühge gegen eine Kaution von 5000 Mark aus der Haft entlassen.

Von den zwei Dutzend im Zusammenhang mit der Barant-Affäre unter einem großen Aufseher von Kriminalbeamten, Flugzeugen, Automobilen, Motorbooten und was sonst noch zu einer gewöhnlichen Kriminalität gehört, Verhafteten sind jetzt noch ganze drei Personen in Gefängnis. Kein Zweifel, in dem Abbau der Staatsanwaltschaft liegt System, und vielleicht endet dieses System damit, daß sie eines Tages auch noch Julius Barant und die beiden anderen Häftlinge entläßt. Jedenfalls aber kehrt heute schon soweit fest, daß die Staatsanwaltschaft unter Anwendung eines ungeheuren Apparates die ganze Öffentlichkeit angeschlossen hat — und heute einen Häftling nach dem andern entläßt. Vorläufig wollen wir uns mit dieser Feststellung begnügen.

Hölle völlig zusammengebrochen.

Berlin, 17. März. (Radio.)

Der in Haft befindliche Großschieber Ivan Kutischer ist körperlich vollkommen zusammengebrochen und befindet sich gegenwärtig in Lebensgefahr. Seine Verteidiger haben infolgedessen sofortige Haftentlassung beantragt. Mit dem in Haft sitzenden früheren Reichsjustizminister Dr. Hölle ist es gesundheitlich nicht viel besser gestellt. Auch er ist vollkommen zusammengebrochen, weder vernehmungs- noch transportfähig und nur zugänglich für seinen Verteidiger Dr. Alberg. Er befindet sich schon seit Wochen im Lazarettgefangnis in Moabit.

## Der Irrsinn von Halle.

Noch 3 weitere Todesopfer.

SPD. Halle, 16. März. (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der Todesopfer der Halleischen Diktatur hat sich auf zehn erhöht. Die kommunistische Partei drückt inzwischen, durch wüste Angriffe, Protestversammlungen und Umzüge ihre moralische und intellektuelle Schuld an der Unat zu bewahren.

Unverständlich ist das Verhalten der Polizei. Offiziell verweigert sie nur unzureichende Erklärungen abzugeben, sodas sogar die bürgerliche Presse Berichte von Versammlungsmitgliedern aus ihren Reihen veröffentlicht, die das Vorgehen der Polizei als unfähig erscheinen lassen. Statt einwandfreie Aufklärung wird dagegen der Amtliche Preussische Pressedienst dazu benützt, eine um mindestens übertriebene, wenn nicht völlig unrichtige Sachdarstellung zu geben, indem man von einer „großen Anzahl Schüsse in so schneller Folge spricht, daß die Beamten sich dem Feuer einer Maschinenpistole gegenüber zu befinden glaubten“. Der Bericht erwähnt auch Mauereinlässe als „Beweis“ für den Gebrauch von Schusswaffen aus der Versammlung. Das ist unrichtig, denn die sogar von einem amtlichen Schießachverständigen geprüften und bestätigten Geschosseinträge an der Fühne sind inzwischen als alte Nagelköcher anlässlich der Filmvorstellung „Die Schmecke“ rekonstruiert worden. Nach übereinstimmender Bekundung hat als erster der Polizeioberleutnant Breyker, ein zum Dienst als Polizeioffizier völlig bisqualifizierter Beamter, der für den verantwortlichen Dienst als völlig ungeeignet bekannt war und der den Kopf gänzlich verloren hatte, fünf Schuß aus seiner Dienstpistole nach der Tribüne abgefeuert, weil er sich bedroht fühlte. Diese Schüsse, die Einschlagspuren und der schmerzhafte Widerhall waren für die Unterbeamten das Zeichen zum Waffengebrauch. Unser halbesches Parteiblatt hat die Entbindung dieses Mannes vom Dienste bis zur reiflichen Klärung der Katastrophe gefordert. Ein Teil der schlechten Unterbeamten ist von der Sinnlosigkeit der Schießerei im Gegensatz zu ihrem völlig kopflosen Vorgehen überzeugt gewesen. Sie schossen in die Decke, wie die Geschosseinträge beweisen. Die Kaltblütigkeit dieser Beamten hat weiteres unermessliches Blutvergießen verhindern können. Die Polizei selbst hatte zu ihrem Vorgehen keine Befugnis. Ihr standen weder Verordnungen noch Geheißbestimmungen zu derartigen Handeln zur Seite. Sie beruft sich auf eine längst unaktuelle Verordnung aus dem Jahre 1920, die selbst für den Fall ihres Verhaltens die getroffenen Maßnahmen nicht gerechtfertigt hätte. Aber bureaukratisches Vorgehen der Polizeileitung in Verbindung mit der Schieckmut eines reaktionären Polizeioffiziers hat sich mit kommunistischer Gewissenlosigkeit zu einer Tat verbunden, die nicht nur vom politisch-republikanischen, sondern auch vom allgemeinen menschlichen Standpunkt tiefsten Schmerz und schärfste Verurteilung auslösen muß. Denn hier haben Polizei und Kommunistische Partei Hand in Hand gearbeitet zum Schaden der Bevölkerung und zum noch größeren Schaden der deutschen Republik.

## Jarres' Rolle nach dem Ruhrkrieg.

Was Arnold Reehberg darüber zu sagen hat.

Der Berliner Großindustrielle Arnold Reehberg, einer der Führer in der Internationalen Kali- und der Tuchindustrie, nimmt in Berliner Blättern zu der agrarisch-schwerindustriellen Kandidatur des Herrn Jarres Stellung und weiß u. a. folgendes mitzuteilen:

„Im November 1923 sagte mir ein hoher Reichsbeamter, er fürchte, daß der Rheinlaant nicht mehr zu verhindern sei. Einige Führer der deutschen Schwerindustrie seien nach dem Mißerfolg des passiven Widerstandes für eine solche Lösung. Im Reichskabinett vertrete insbesondere Herr Jarres die Ansicht, daß der Rheinlaant unvermeidlich geworden sei. Am gleichen Tage wurde mir von einem Herrn, der einem der schwerindustriellen Großkongerne angehört, bestätigt, daß maßgebende Führer der Ruhrindustrie den Rheinlaant wollten. Ich nahm daher Gelegenheit, einen bekannten Deutschnationalen (der auch keinen Finger rührte, und sich mit der Stimmens-Jarres'schen Versackungspolitik einverstanden erklärte, D. Red.), der in nahen Beziehungen zu schwerindustriellen Großkongernen steht, auf diese Sachlage aufmerksam zu machen.“ Herr Reehberg bestätigt damit die bekannte, von Stinnes inspirierte und von Jarres propagierte Politik, das Rheinland und das Ruhrgebiet zur höheren Ehre des Stimmenskongerns aufzugeben. In bezug auf die Kandidatur Jarres kommt Herr Reehberg zu dem Schluß, daß „Herr Jarres eben nicht die für den leitenden Staatsmann erforderliche Voraussetzt und Kaltblütigkeit besitzt.“

## Krach im bayrischen Landtag.

Ausschluß von drei Kommunisten.

SPD. München, 15. März. (Eig. Drahtb.)

In der Freitagssitzung des Bayrischen Landtages kam es bei Beratung des Polizeirechts zu außergewöhnlichen Zwischenfällen. Der kommunistische Redner Grönsfelder, dem die Polizei, wie sie selbst zugibt, durch willkürliche Verhaftung über mitgespielt hat, wandte sich außerordentlich scharf gegen die Regierung und erklärte u. a.: „Die bayrische Regierung preißt fortgesetzt auf die Verfassung. Dem vom Innenminister verteidigten Polizeidirektor von Nürnberg (Garcis) beschuldige ich offen des Mordes. Die bayrische Polizei ist der Spürhund des Untertanentums, durch die Beschlagnahme des kommunistischen Agitationsmaterials im Fraktionszimmer hat der Staat offenen Diebstahl begangen. . . .“ Diese Beschuldigungen trugen dem Redner drei Ordnungsrufe ein; beim letzten wurde ihm außerdem das Wort entzogen. Grönsfelder schenkte aber der Glode des Präsidenten kein Gehör, sodas die Sitzung auf 10 Minuten unterbrochen wurde. Als der Redner immer noch weiter sprach, hielt ihm ein Abgeordneter von der Bayrischen Volkspartei den Mund zu. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verließ die Präsident den Ausschluß des Redners von der Freitagssitzung mit der Anordnung, den Saal sofort zu verlassen. Auf die Weiterung Grönsfelders hob der Präsident die Sitzung noch einmal auf und drohte mit dem Eingreifen der Polizeigewalt. Als die neue Sitzung wieder eröffnet wurde, kam es sofort zu heftigen Auseinandersetzungen. Grönsfelder wurde auf 8 Tage ausgeschlossen und zwei weitere seiner Kollegen für den Sitzungstag schließlich fängten sich die drei Kommunisten und verließen unter drohendem Schimpfen den Saal.

## Die neue Abrüstungskonferenz.

Auch Deutschland soll eingeladen werden.

Paris, 16. März.

Aus Newyork liegen hier übereinstimmende Meldungen über die Einberufung einer Abrüstungskonferenz durch Präsident Coolidge vor. Die Pläne des Präsidenten sollen angeblich so schnell wie möglich den interessierten Mächten zur Kenntnis gegeben werden. Es heißt, daß Präsident Coolidge innerhalb weniger Tage die offizielle Einladung ergehen lassen will. Das Programm soll sich auf die Entwaffnung zu Lande, zur See und in der Luft beziehen. Coolidge glaubt, daß seiner Einladung die übergroße Mehrheit der 75 Mitgliedsstaaten des Völkerbundes folgen wird.

SPD. London, 16. März. (Eig. Drahtb.)

Das Telegramm läßt sich aus eingeweihten Kreisen Washingtons melden, daß auch Deutschland zu der neuen, von Präsident Coolidge geplanten Abrüstungskonferenz in Washington eingeladen werde. Coolidge habe sich bereits endgültig für die Einberufung der Konferenz entschieden. Er werde deshalb in der allernächsten Zeit offizielle Noten nach Paris, London, Rom und Tokio senden.



# Zerreißt die Lüge!

Der Bedarf des normalen Menschen an Untersuchungsgegenständen dürfte zurzeit in Deutschland gedeckt, wenn nicht überschritten sein. Zwei Untersuchungsansprüche wälten in Preußen, einer im Reich, ihres Amtes, dazu kommt der Magdeburger Prozeß, der auch den Charakter einer historischen Untersuchung trägt.

Fast alle diese Untersuchungen sind Ausläufer des systematischen Hey- und Verleumdungsfeldzuges gegen die Sozialdemokratie — mit Ausnahme des preussischen Pfandbriefanfall-Anschlusses, der den Beginn einer Gegenaktion darstellt und ein kaum zu überschätzendes Stück altpreussischer Junker- und Beamtenkultur bereits in unverwundbaren Zügen enthüllt hat.

Während aber in diesem Anschluß und ebenso im Magdeburger Prozeß eine geregelte und sachgemäße Beweisaufnahme stattfindet, kann man von den beiden sogenannten „Barnet-Anschlüssen“ nur das Gegenteil behaupten. Namentlich der preussische Untersuchungsausschuß, in dem Vorstich und Bericht erstattung bei den Rechtsparleien liegen, droht in ein völliges Lohndabohru auszuarten. Mit Recht wurde in seiner letzten Sitzung verschiedentlich die Frage aufgeworfen und sogar von dem vorkommendsten Vorsitzenden Prof. Leibig zart angedeutet, daß der Untersuchungsausschuß zu einem Verdächtigen- und Ausschluß herabgesunken ist. Es mag zur Charakteristik der Methoden, die von den Rechtsparleien in diesem Ausschluß angewendet werden, dienen, daß ein an der Sache völlig unbeteiligter Kaufmann, der nur zufällig Ohrenzeuge einer Handlung gewesen war, den Ausschluß himmelhoch bitten ließ, daß sein Name nicht genannt zu werden brauche, weil jeder in der Geschäfts- welt heillos kompromittiert sei, der überhaupt mit diesem Ausschluß in Berührung gerate.

Der Name „Verdächtigen-Ausschuß“ ist für den preussischen Untersuchungsausschuß nur allzu verdient. Die Methode ist immer die gleiche. Zuerst werden für alle Beweisklassen regelmäßig Zeugen vernommen, die nur vom Hörensagen oder gerüchtweise etwas von der Sache wissen, oder Zeugen aus untergeordneten Stellungen, die von ihrem Tätigkeitsplatz aus den Gegenstand der Verhandlung gar nicht übersehen konnten. Die ganz unsicheren und anfänglichen Aussagen dieser Leute werden dann von der Rechtspresse in großer Aufmachung sensationell ausposaunt. Erst Tage und Wochen später kommen dann die authentischen Zeugen heran, die den wahren Sachverhalt feststellen. Ihre Aussagen aber verschweigt die Rechtspresse. So hat man gegen die ehemaligen sozialistischen Minister wochenlang aller möglichen Klatsch und Kratsch zusammengetragen lassen, der mittlerweile im Reichsausschuß durch die klare und präzise Aussage Robert Schmidts völlig widerlegt ist.

Ein kleines Beispiel, wie es gemacht wird: Im Preussenausschuß bestanden die Rechtsparleien auf die Vernehmung eines Oberregierungsrats Zedler vom Finanzministerium, der schreckliche Dinge bekunden sollte; die Armeekonservenfabrik Haselhorst bei Spandau, die die Bremer Margarinfabrik „Brema“ im Jahre 1922 für das Spaltgeld von 18 Millionen Papiermark verschleudert worden, während von anderer Seite ein Angebot auf 125 Millionen vorgelegen habe. Nun hat die „Brema“ allerdings nicht das mindeste mit Barmat zu tun. Aber die „Brema“ ist in den Deutschen Margarinerwerken (Dema) aufgegangen, und von der Dema hat Barmat später — viele Monate nach dem Verkauf der Armeekonservenfabrik — einen kleinen Bruchteil der Aktien erworben. Oberregierungsrat Zedler sagte denn auch aus, daß tatsächlich der Verkauf zu 18 Millionen getilgt worden sei. Große Sensation! Aber dann kam von unterrichteter Seite die Aufklärung, kam das, wovon der Oberregierungsrat nichts wußte. Es handelte sich nämlich nur um ein Formalgeschäft. Das Deutsche Reich hatte gar nicht die Absicht, sich der Armeekonservenfabrik zu erkaufen, sondern es wurde durch Fusion mit der „Brema“ ein gemischter Betrieb geschaffen. Bei dieser Fusion, aus der die „Dema“ entstand, ging die große Aktienmehrheit in den Besitz des Reiches über, das damit praktische Eigentümerin der Armeekonservenfabrik blieb. Der „Verkauf“ an die „Brema“ war nur eine zur Kostenersparnis gewählte Form der Einbringung der Armeekonservenfabrik in die neue Gesellschaft. Und da das Ganze nur ein Formalgeschäft zur Ersparrung der Kosten war, lag es im Interesse des Reiches, den Kaufpreis möglichst gering zu bemessen. Das Beste aber: Von Barmat war damals überhaupt nicht die Rede, er wußte von der ganzen Sache nichts und ist erst Monate später mit der Dema in Verbindung getreten.

Dieser Fall mußte im Detail angeführt werden, weil er

typisch für Dutzende ähnlicher Fälle ist. Fast jeder Tatbestand erscheint vor dem preussischen Untersuchungsausschuß zunächst in einer unheimlichen, völlig verzerrten Darstellung, und dann bleibt es der Bemühung der Ausschlußmitglieder, denen es am liebsten die Wahrheit zu tun ist, überlassen, in mühseliger Arbeit den Sachverhalt richtig zu stellen. Aber immer erst, nachdem die Rechts- presse mit der Ausschlagung des Verleumdungsgebildes ihre politischen Geschäfte gemacht hat.

Diese tendenziöse Berichterstattung, die bereits im Ausschluß Anlaß zu den heftigsten Klagen gegeben hat, kann man in der Rechtspresse auch gegenüber den übrigen erwähnten Verhandlungen beobachten. Im Reichsausschuß haben die Vernehmung des Genossen Robert Schmidt und die des ehemaligen Leiters der Einfuhrstelle, Prißchow, in den letzten Tagen ein dichtungsmäßiges Lügnenetz zerrissen. Im Magdeburger Prozeß bringt jeder Verhandlungstag eine neue Niederlage des angeklagten Verleumders, eine völlige Rechtfertigung Eberis. Schon ist eine der wichtigsten Stützen des Bewersdorffschen erstinstanzlichen Urteils gebrochen. Genosse Dittmann hat als Zeuge bekundet, daß das in erster Instanz dem verstorbenen Reichspräsidenten zugeschriebene Flugblatt nicht von Ebert, sondern von Dittmann ohne Wissen Eberis verfaßt worden ist. Während die für Ebert aufzutreibenden Zeugen aus der Arbeiterbewegung bestimmte sachliche Angaben machen, erschöpfen sich die Zeugen der Verteidigung in allgemeinen Redensarten, Vermutungen und politischen Debatten. Je weniger sie von der Sache wissen, desto pathetischer deklamieren sie im Stille der deutschnationalen Heßbrotschüren. Aber wer die Berichte der Rechtspresse liest, findet nur diese Deklamationen, nichts von den sachlichen Ergebnissen.

Völlig still geworden aber ist es in der Rechtspresse von dem Ausschluß über die Pfandbriefanstalt. Was hier Tag für Tag enthüllt wird, wie der altpreussische Beamte Geheimrat Mehning einem altpreussisch-abligen Junkerfortium Millionen über Millionen in den Schoß warf, das paßt allerdings wie die Faust aufs Auge zu den Lobgedängen der Rechtspresse auf die unbestechliche Zeit der Monarchie im Gegenlag zu der angeblich so korrupten Republik.

Aber die Taktik des Totschweigens wird auf die Dauer nicht verhindern, daß die Wahrheit sich Bahn bricht. Und der Tag ist nicht fern, an dem die Folgen des ganzen Schand- und Verleumdungsfeldzuges auf die Sozialdemokratie auf dessen Urheber zurückfallen werden. Freilich hofft die Rechte, daß bis zur Präsidentschaftswahl der Schwindel noch halten und seine Dienste tun wird. Deswegen ist es not, nicht nur Aufklärung, sondern auch rechtzeitig Aufklärung zu schaffen.

## Die Sünde am heiligen Oestl.

Gedichtet durch Ruth Fischer.

Die Zentrale der kommunistischen Partei hat an vier, also die Hälfte der Frankfurter Stadtvorordneten der K.P.D., den Befehl zur Niederlegung ihrer Mandate gegeben. Diese „Schwerverbrecher“ waren bei der kurzen Anrede des Stadtvorordnetenvorstandes in der letzten Sitzung der Stadtvorordnetenversammlung anlässlich des Todes des Reichspräsidenten Ebert mit der übrigen Stadtvorordneterversammlung aufgestanden; die anderen vier Mitglieder waren bei dieser Sitzung abwesend bis auf einen, der kurz vor der Rede hinausging.

### Der Scheidungsbesehl!

Bei dieser Gelegenheit berichtet unser Frankfurter Bruderblatt eine andere ergreifliche Reinigungs-geschichte aus der dortigen K.P., die wie ein Roman klingt und doch den Vorzug hat, absolut wahr zu sein:

Im Jahre 1920 heiratete ein hiesiger Kommunist eine Kommunistin. „Er“ war an führender Stelle für die K.P.D. im hiesigen Bezirk eifrig organisatorisch tätig, „Sie“ war Schriftleiterin der Arbeiterzeitung und Rednerin in kommunistischen Versammlungen. „Er“ konnte später nicht alle die trümmigen Wege kommunistischer Wirkstoffpolitik mitmachen, opponierte dagegen, wurde deshalb einer „Reinigungstour“ unterzogen und ausgeschlossen. „Er“ vermochte aber gegen einen solchen Beschluß der hiesigen Bezirksleitung erfolgreich Einspruch zu erheben und wart, nachdem ihm die alten Mitgliedsrechte wieder zugesichert waren, den K.P.D.-Bundgenossen sein Mitgliedsbuch vor die Füße. „Sie“ hielt der Partei jedoch noch immer Treue. Aber „Er“ war ja nun das Weib eines „Verräters“ und deshalb traute man ihr nicht über den Weg. Als man „Ihn“ nach einiger Zeit in Verdacht hatte, dem politischen Gegner Material über die K.P.D. geliefert zu haben, wurde „Sie“ vor die Bezirksleitung beordert und ihr dort der „Partei-befehl“ gegeben, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen! „Er“ schrie aber anscheinend nicht mehr zu den „überzeugten Mitgliedern“, aus denen sich, wie Konrad Lang

gestern der Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ versicherte, die K.P.D. zusammenzusetzen soll, denn sie sagte sich dieser „strengsten Disziplin“ nicht, weil sie wohl der sozialdemokratischen Ansicht war, daß ein Parteigüterkollegium in ihre ehelichen Verhältnisse nichts dreinzureden habe. Prompt erhielt sie darauf einen Scheidungsbesehl der K.P.D.-Bezirksleitung des ungefähren Inhaltes: „Da Sie sich nicht von S. O., einem der schlimmsten Feinde der K.P.D., scheiden lassen, scheidet sich die Partei von Ihnen, um gegen Verräterei geschützt zu sein!“

Wer dieses Kapitel aus einem Verführer-Schundroman nicht ohne weiteres glauben will — fragt die „Frankf. Volksstimme“ hinzu — frage den ersten besten kommunistischen Arbeiter, ob er bestreiten könne, daß die bekannte Frau Emma Bloch-Dresch aus der K.P.D. ausgeschlossen wurde!

### Frühen für Aufwertungsanträge.

Der Reichsrat erteilte am 13. Februar dem Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung der Frist der dritten Steuernotverordnung seine Zustimmung. Nach diesem Entwurfe sollen die Fristen für die Stellung eines Antrages auf Herabsetzung des Aufwertungsbeitrages (§ 2 Abs. 1 Satz 3 der dritten Steuernotverordnung), für die Anmeldung von Sparkassenguthaben (§ 7 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung), für die Stellung eines Antrages auf Aufwertung einer hypothetisch gesicherten Forderung abweichend von dem Normalmaß von 15 % (§ 7 Abs. 3 der ersten Durchführungsverordnung), für die Anmeldung des Anspruchs auf Aufwertung ungetauschter Pfandbriefe (§ 16 Abs. 1 Satz 2 der dritten Durchführungsverordnung) weiter bis zum 30. Juni verlängert werden. Gleichzeitig soll der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes, betreffend die Auslegung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsstellen vom 17. Februar (RG. I S. 15), bis zum 30. Juni hinausgeschoben werden. Der Entwurf wurde dem Reichstag zugeleitet.

## Der schlesische Reichsbannerprozeß.

Breslau, 14. März.

Im Schweißbühnen Prozeß gegen Reichsbannermitglieder brachen die letzten Verhandlungstage in immer neuen Zeugnisausagen eine Kette von Beweisen dafür, daß der angreifende Teil bei den blutigen Zusammenstößen in Striegau die Stahlhelme getragen haben, während die Reichsbannerleute lediglich Rotweiz geübt haben. Der Beweisanspruch der Verteidigung über die Gewalttätigkeiten der Stahlhelme an anderen Orten, die gewisse Abwehrmaßnahmen des Reichsbanners vollstreckt hätten, wurde vom Gericht mit der Begründung abgelehnt, daß als wahr unterstellt werde, die Reichsbannerleute hätten an ein derartiges Verhalten des Stahlhelms geglaubt. Einige besonders charakteristische Zeugnisausagen bestätigten schwere Bedrohungen der örtlichen Reichsbannerführer durch Stahlhelmeleute schon in den Tagen vor der Demonstration. So wurde zuverlässig bekundet, daß auf den Reichsbannerführer, Hauptlehrer Geburt, einer der Stahlhelmeleute, dessen agitatorische Tätigkeit festgestellt worden war, die Worte münzte: dem werde er schon, wenn er ihn zu sehen bekomme, mit ein paar blauen Bohren aus seinem Revolver ein solches Wirken abgewöhnen! Unter den Kreuz- und Querfragen der Verteidiger Otto Landberg, Bandmann und Bärensprung ist übrigens ein Teil der Stahlhelmezeugen wider Willen zu Entlastungszeugen für die angeklagten Reichsbannerleute geworden. Für sechs Angeklagte lassen sich alle Behauptungen der Anklage über ihr Verhalten während des Zusammenstoßes bereits jetzt aus Aussagen der Stahlhelmezeugen widerlegen. Der Sonnabend brachte ausführliche Vernehmungen über die Vorgänge am Sammelplatz des Stahlhelms, wo dessen zahlenmäßige Überlegenheit ganz besonders hervortrat und wo angeblich trotzdem Reichsbannerleute angegriffen haben sollen. Die Zeugnisausagen haben auch diese Behauptung erfüllt. Die Zeugniserhebung wird voraussichtlich noch eine ganze Reihe von Verhandlungstagen in Anspruch nehmen.

## Steuermandat des Bürgerblatteintritts.

Berichtende Kritik eines Finanzministers.

Im Badischen Beobachter vom 9. März läßt der badische Finanzminister Dr. Köhler eine ganz und gar ablenkende Kritik an den neuen Steuererleichterungen, die zurzeit im Reichsrat lebhaft umkämpft werden. Köhler sagt, die Absichten der Reichsregierung ließen sich wie folgt bezeichnen: Schürste Entlastung des großen Volkes, stärkste Erhöhung der Belastung der großen Massen des Volkes. Die Neubildung des Kapitals dürfe jedoch nicht auf Kosten des Lebenskapitals der breiten Massen erfolgen. Ganz unerträglich sei die neue Belastung der Besitzlosen, die sich in der Hauszinssteuer und in der Erhöhung der Gebühren der Bier- und Tabaksteuer drückte. Die Annahme dieser Entwürfe würde wirtschaftlich und politisch verheerend wirken.

## Das tägliche Brot

Roman von Clara Viebig.

21. Fortsetzung (Nachdruck verboten.)  
„Wollte wohl?“ Die Schürze wurde ihr total schmutzig, jetzt achte ich nicht mehr darauf. Ihre Hände griffen unruhig umher, eine Aufregung bemächtigte sich ihrer, eine sonderbare Geistesart, ein Zorn gegen das Vieh, das ihr so viel Wirksamkeit machte. Eine Blutwelle stieg ihr heiß zu Kopf, ihre Lippen zuckten.

„Hab ich dich!“ Jetzt hatte sie ihn. Fest wie mit Eisenklammern packte sie ihn. Weit sperrte er das Maul auf — da — sah er nicht grimmig aus; schnappte er nicht nach ihrem Kinger?

„Was, noch heißen?“ Ihre Zähne knirschten, ein Funken glomm in ihren Augen auf. „Dir wer ich lehren!“ Sie drückte den Zapfen nieder, sie kniete auf ihm: „Bist, Bist!“ Zornig schrie sie, ihr Mund verzerrte sich.

Mit Gezier stoben die Kinder aus der Küche. Als die Hauptmännin auf das Geschrei herbeieilte, fand sie Bertha mit hochrottem Kopf über den Tisch gebeugt, einen seltsamen Zug in dem nach lachenden Gesicht.

Das blutige Messer lag auf der Diele, mit beiden Händen riß sie dem in letzten Zuckungen sich bewegenden Tiere das Eingeweide heraus. „Er wehrt sich noch — ha!“

„Diese Personen sind alle ungläublich roh,“ sagte Frau von Salbern ganz entsetzt zu ihrem Mann.

Und doch, wer konnte sagen, daß Bertha roh war? Sie ließ sich gern rühren. Jede Woche kaufte sie für zwanzig Pfennige ein Hest vom Kasporeur, der die Hintertreppe herauf geschlichen kam; mitunter auch zwei Heste. Sie konnte gar nicht genug lesen von der betrogenen Unschuld armer Mädchen, von den reichen Verführern, von den geheimnisvollen Schandtaten der großen Stadt.

Nachts lag sie in ihrer kalten Kammer, — die verklammten Hände hielten das Hest kaum, — und las. Die Kerze, die sie dem Kronleuchter im Salon entnommen, flackerte in dem feinen Zugwind, der durch die Ritzen des schlechthaltigen Fensters drang, und worf lange seltsame Schatten auf die weißgetünchte Wand. Sie las und las. Ein feuchter Moderhauch strich durch die nie geheizte Kammer, fröstelnd zog sie das Tuch, das sie über ihre Kackjacke getnüpft, fester um sich. Mitternacht; es wurde eins, auch noch später. Endlich löschte sie das Licht, schlüpfte sich in wollüstigem Grausen und zog die Decke bis zum

Rinn. Liebes- und Mordgeschichten nahm sie mit hinüber in ihren Traum.

Am ersten Januar kündigte Bertha. Sie tat es sehr bescheiden, mit einem gewissen Bedauern in Ton und Haltung; es sei ihr sehr unangenehm, aber sie fühle es deutlich, die vier Treppen greifen ihr die Brust an.

Die Hauptmännin war wie vom Donner gerührt, sprachlos sah sie in das frische, rosige Mädchengesicht, dessen Augen, blank vor Gesundheit, in die Welt strahlten.

„Na denn, gnädige Frau —“ Bertha hielt es für gut, offen zu sein, vielleicht ließ sich die Madam schrauben. Wenn sich gerade jetzt kein besonders glänzender Dienst fand, würde sie am Ende mit Zulage noch bleiben und auf Besseres warten. „Ich brauche zu viel Schuh auf den Treppen. Was ich verreise — ne, ich kann's nicht anbringen! Mit siebzig Taler — unmöglich!“

„Es ist das Meiste, wir können nicht mehr geben,“ sagte die junge Frau tonlos. Sie sah traurig; lange stand sie am Fenster der Wohntube, die Hände um den Fensterriff gelehrt und harrete unstillen Auges hinauf auf die winterlich graue, regenfeuchte Straße und hinauf zum nebelverhangenen düstern Himmel. Dieß sie denn nicht fünf gerade sein, kontrollierte kein Mädchen, drückte nicht nur eins, nein beide Augen zu! Und behielt doch seinen Dienstknoten! Das Geld, das Geld! Ja, wer achtzig, neunzig, hundert Taler geben konnte, der hatte tüchtige und anhängliche Leute!

Sie sah so bekümmert aus, daß Bertha, als sie herein kam, um den Tisch zu decken, in einer ihrer plötzlichen Armandlungen von Herz sagte: „Gnädige Frau, ich wüßte wohl 'n Mädchen für gnädige Frau!“

„So?“ Etwas belebt drehte sich Frau von Salbern um. „Meine Freundin will sich gern verändern.“ Bertha hatte erst gestern von Mine drei Mark geborgt und überlegte nun rasch, wie wenig diese nach den drei Mark fragen würde, wenn sie ihr fort aus der Destille half. Und verpflichtete sie sich nicht zugleich die Frau Hauptmann, wenn sie der ein neues Mädchen verschaffte? Die würde es ihr beim Zeugnis schreiben gedenken. So lobte sie denn die Freundin aus allen Tonarten: „Cherlich, fleißig, beiseiden, gewandt und so weiter.“

„Wo dient sie denn jetzt?“  
„In 'nem Restoran!“ Und dann nach kleiner Pause: „Drüben, Kirchbachstraße, an der Ecke.“

„Was, in der Destillation?“ Frau von Salberns Gesicht wurde lang. „Mein Gott, ich kann doch nicht ein Mädchen aus solchen Umgebungen nehmen!“

„Seien Sie ganz beruhigt, gnädige Frau,“ versicherte Bertha, „ein hochansehnliches Mädchen, sie ist mit mir aus einem Ori-

Sie hat eben Recht gehabt. Sie paßt ganz für gnädige Frau, groß, stark — gnädige Frau haben sie ja mal gelehrt, unten im Keller bei Reiches!“

„Ja, ja, ich erinnere mich. Aber so wenig präsentabel!“ Die junge Frau seufzte. „Wenn die die Tür aufmacht, das sieht ja nach gar nichts aus!“

„Nach was aussehen soll sie auch noch?“ Schwelte es Bertha auf der Zunge; aber sie unterdrückte die Bemerkung und sah mit einem kleinen wohlgefälligen Lächeln an der eignen Gestalt herunter. „Ach, wenn die erst im hochherrschäftlichen Hause ist — gnädige Frau werden sehen — denn macht die sich gleich raus!“

So entschloß sich Frau von Salbern, Mine zu mieten. Man kam am fünfundzwanzig Taler überein, was ihr für dies wenig präsentable Dienstmädchen reichlich genug schien.

Mine war glückselig; in der Freude ihres Herzens umarmte sie Bertha immer wieder. Das würde sie der nie vergessen! Es beeinträchtigte ihre Seligkeit keinen Augenblick, daß der Destillateur ihr ins Zeugnis schrieb: „Träge, langsam, spricht immer gegen, sonst ehrlich.“

Bertha steckte jetzt mehr denn je im Reicheschen Keller. Dienste hatten sich ihr genug geboten, aber die Reichs hatte ihr energisch davon abgeredet; die waren in entfernten Straßen, und Mädchen, die viel bei ihr kauften, gab Frau Reichs nicht gern weit weg. Endlich, kurz vor dem Ersten, fand sich etwas. Frau Reichs las es in der Postkarte, die sie sich für fünf Pfennige die Stunde drüber vom Kaufmann holen ließ.

„Für herrschaftlichen Haushalt, Potsdamerstraße 72, wird zu sofort gewandtes Hausmädchen gesucht, gegen hohen Lohn.“

Das „gegen hohen Lohn“ war fettgedruckt. Sofort schickte die Reichs Elli zu Bertha hinauf. Diese ließ alles in sich, die Küche half aufgeräumt, das Geschirr vom Mittag ungewaschen, die Kinder allein — Hauptmanns waren ausgegangen — küßte in ihre Kammer und wuschte da lange. Wie sollte sie sich kleiden? Wenn sie nur gewußt hätte, wie die Leute, Potsdamerstraße 72, lichen! Endlich entschloß sie sich für ein einfaches Wäscheleid. Es kostete sie zwar, als sie in dem dünnen Mähdchen über die Straße lief, aber das Bewußtsein, wie doppelt rosig ihr Gesicht über dem Weißblau der Taille leuchtete, wie appetitlich sich ihre Person in dieser Bescheidenheit präsentierte, half ihr darüber weg.

Ganz gebildet kam sie von ihrem Ausgang zurück, dem Mietstater in der Tasche. Man hatte sie in einen Salon ein gelassen, in dem die gnädige Frau in seidnem, spitzenbesetztem Regligé auf dem Ruhebett lag und in einem Buch las.

(Fortsetzung folgt.)





**Kaol**  
Metall - Oel - Splitur  
gibt Dauerglanz  
CHEMISCHES LABORATORIUM, BIL-LECHTEN

## Preiswerte Strümpfe

- Damen-Strümpfe, schw. Baumwolle, englisch lang . . . 68.4 **48.4**
- Damen-Strümpfe, schw. Baumwolle, verst. Feise u. Spitze 98.4 **88.4**
- Damen-Strümpfe, schw. Musselin u. Seidengriff, engl. lg. 1.10 **98.4**
- Damen-Strümpfe, schwarz, haltbare Ware . . . 1.85 **1.50**
- Damen-Strümpfe, la. Mato schwarz, englisch lang . . . 2.95 **2.50**
- D-Strümpfe, prima Seidenfloss Doppelf. u. Hochferse, schwarz 1.95 **1.95**
- D-Strümpfe, prima Seidenfloss Doppelf. u. Hochferse, viele Modifarben . . . 3.25 2.50 **1.95**
- Damen-Strümpfe, Kunstseide schwarz, englisch lang . . . 2.25 **1.45**
- Damen-Strümpfe, Kunstseide in viel. schönen Farben, engl. lg. 2.25 **2.25**
- Damen-Strümpfe, reines Kaschmir, schwarz, engl. lg. 3.95 2.95 **2.50**
- Deutsche Frauenstrümpfe schwarz, kräftige Qualität . . . 2.65 **95.4**
- Herrn-Schweisssocken grau . . . . . 88.4 **58.4**
- Herrn-Schweisssocken, grau verästelte Ferse und Spitze 1.20 **98.4**
- Herrn-Socken, Baumwolle schwarz und farbig 1.50 98.4 **80.4**
- Herrn-Socken, Flor u. Seidenfloss, schöne Phantasieformen 2.65 **1.75**
- H-Schmir-Socken, schwarz u. farbig, reine Wolle 3.95 2.45 **1.95**
- Herrn-Socken, grau, plattiert kräftige Ware . . . . . 80.4 **60.4**
- Herrn-Socken, la. Landgarn grau u. naturfarbig 1.75 95.4 **88.4**
- Herrn-Socken, wollgestrickt, grau, haltb. Qualitäten 2.25 1.95 **1.50**
- Landgarn, da Ware, grau, schw. und naturfarbig . . . Lage 1.15 **1.00**
- Strickwolle, bekannte Marken grau u. schwarz, Lage 1.80 1.20 **98.4**

**Johannes Holst**  
Markt 6 Lübeck Kohlmarkt 6

### 'Maikur' oder Frühlingstees

ist ein vorzähl. Familien-tee, ein ausgezeichnetes Genußmittel, sowie Vorbeugungsmittel, welches ohne den Körper im geringsten anzuweilen, in durchgreifender Weise das Blut reinigt und so das allgemeine Wohlbefinden fördert. (4072)  
Nlein echt in Patent. zu 0.50 u. 1.00 M. zu haben bei  
**Ferd. Kayser, Breite Straße 81**

Starke Schall- und Abend-Steife, Sportsteife, Damen-, Herren-, Kinder-Steife, Leder-Steife, ein Kasten warme Leder- und Filzschuhe, warme Pantoffel usw. (4095)  
**Ein Kasten Herrenkonfektion**  
Anzüge, Hosen, Joppen.  
Ein Kasten  
**Elegante Damen-Konfektion**  
Kostüme, Mäntel, Röcke usw.  
**Ehlers & Reetwisch**  
Vollstücker 1 St. Peiri 2 u. 4  
Kleiderstoffe / Aussteuer / Betten, reelle Konfektions- und Bekleidungsartikeln

**Große öffentl. Protestversammlung aller Grundeigentümer Sübeds**  
morgen Mittwoch, abends 8 Uhr  
**Zentral-Hallen**  
L.O.: Stellungnahme zum Grund- und Aufwertungssteuergesetz  
Der Vorstand des  
4101) Neuen Grundeigentümer-Verein e. V.  
**Grundbesitzer erhebt in Massen.**

**Palast-Theater Bad Schwardau**  
Donnerstag bis Sonntag 19.-22. März  
**Das große Ereignis!**  
Die Tranerfeierlichkeiten des Reichspräsidenten  
Ebert Berlin-Heidelberg.  
Ferner das gewaltige Filmbild  
**Die Luftfahrt über den Ozean!**  
Parade schönste Abenteuer!  
Sensationsfilm in 6 Akten. Außerdem:  
**Der Gump!** Soziales Filmbild in 6 Akten.  
Billige Preise. 4-80  
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Sonntag 4 Uhr: Große Kinder-Vorstellung!  
10 Gewinne werden gratis verlost.

**Zigaretten Zigarren C. Wittfoot**  
Ob. Huxstr. 18

**Verband der Maler Sonder-Versammlung**  
am Donnerstag, dem 19. März  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.  
Zugehörigkeit wird in der Versammlung bekannt gegeben. (4088)  
Der Vorstand

**Mühlings Gaststube**  
Sadowastr. 11  
Heute 8 Uhr: (4097)  
**Großer Preisskat**  
um die bekannten großen Preise

**Stadtheater Lübeck**  
Dienstag, 7.30 Uhr:  
**Schweiger**  
14. Premieren-Vorstellung.  
Mittwoch, 7.30 Uhr:  
**Carmen** (4079)  
Donnerstag, 7.20 Uhr:  
**Kätzchen von Heißbrunn**  
Freitag 7.30 Uhr:  
**Suzanne**  
beim Schiller  
**Pierrette**  
Ge- und der

Extra-Preise  
**Woll-Moden**  
für warme  
**Moden**

- Damen-Blusenschoner reine Wolle . . . . . **4.95**
- Damen-Überziehjackchen in allen Farben . . . . . **7.95**
- Damen-Jäckchen la. reine Wolle, aparte Streifen . . . . . **8.95**
- Sportwesten la. Kammgarn . . . . . **13.75**
- Sportwesten, gestreift gute Qualität . . . . . **16.75**
- Damen-Jumper la. reine Wolle . . . . . **14.75**
- Kinder-Sweater in schönen Farben . . . . . **4.50**
- Kinder-Sweater haltbare Qualität . . . . . **6.00**
- Kinder-Sportwesten mit Kragen . . . . . **4.50**
- Kinder-Mäntel mit Mütze reine Wolle . . . . . **9.75**
- Kinder-Kleidchen in allen Farben . . . . . **9.75**
- Sport-Strümpfe u. Stutzen in großer Auswahl

**Konstadt**

**Zentral-Theater**  
Johannisstr. 25. Fernr. 1359 u. 8956  
Ab Dienstag, den 17. bis 25. März:  
Aus den Tagen Buffalo Bill!  
**1. Auf dem Kriegspfade**  
Sensations-Abenteuerfilm in 6 Akten.  
**2. Der Ueberfall d. Sioux**  
Sensations-Abenteuerfilm in 6 Akten.  
**3. Die Frösche wählen einen neuen König.**  
Grotteske in 2 Akten.  
Das pp. Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Darsteller in diesem Film weder Menschen noch Tiere sind. Die kunstvolle Herstellung ist unnachahmbar. 4099  
**4. Harry als Arbeitsloser.**  
Amerikanisches Lustspiel in 2 Akten mit Harry Sweet in der Hauptrolle.  
Jugendliche und Kinder von sechs Jahren an haben wochentags in der Nachmittags-Vorstellung von 4 Uhr an Zutritt zu halben Preisen.  
Spielzeit ununterbrochen 4-11 Uhr, Sonntags 3-11 Uhr  
Beginn der Abendvorstellung 8.10 Uhr

**Fledermaus**

Irigato Borchard Tänzerin	Evelin Sylva Stimmungssäng.
Romanie-Trio musik. Neuheit	3 Wachstiers Exquis. Akrobat.
G. Schw. Bartels Tanzduo	J. v. A. Borchard Jugend, Kraft und Schönheit

**TANZ**  
Beste Tanzmusik.  
Kl. Preise. Biere und Getränke aller Art.  
Morgen Mittwoch: 4078  
Weiterer Familienabend.

**Arbeiter-Samariter-Kolonie**  
A.S.B.  
Öffentlicher Lichtbildervortrag  
am Freitag, dem 20. März, abends 8 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Kinderarzt Dr. med. König spricht über  
**Rachitis (Englische Krankheit).**  
Eintritt 30.4.

**Luisenlust**  
Sonnabend, d. 21. März  
**Großer Preis-Lumpenball**  
vom Sparklub Burgfor  
Anfang 8 Uhr Ende 3 Uhr  
Große Ueberraschungen  
Der Vorstand  
4100)  
Gas cbm 19 Goldpf., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/80, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpf. (4078)

**Luisenlust**  
Mittwoch: St. Lanzstränchen Eintritt u. Tanz frei

**Ca. 1000 Ztr. westfälischen Hartkoks**  
fast schlackenfrei  
in Körngröße 10/20 mm 2.00 Mk.  
10/40 . . . . . 2.50  
in Körngröße über 40 . . . . . 2.60  
(Zentral-Mahlung)  
per Zentner, frei Haus geliefert. Größere Quantitäten entsprechend billiger  
**J. Roks & Co.,**  
Annahmestelle: Beckergrube 6. Fernruf 1623.

**Edelstein**  
Morgen **Gr. Ball** Ballmusik:  
Mittwoch **Richard-Wagner-Orchester** Das verstärkte  
Kasseneröffn. 7 1/2 Uhr Anfang 8 Uhr Inh.: H. Reck



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 17. März.

### Aus der Bürgerschaft.

Vom Verfassungstreit. — 6-Uhr-Vadenschluß. — Völkische und kommunistische Agitationshinder.

Herr Dr. Wittern, der völkische Stangenretter, geriet gestern in heftige Wut. Ihm hatte es ein Dringlichkeitsantrag der Verfassungsparteien angetan, der die Änderung der Lübschen Landesverfassung zum Beschluß erhob. Mit Dreiviertelmehrheit wurde der Antrag angenommen. Angenommen, obwohl der gelähmte Herr „keine (amtliche) Kenntnis“ von der Vorlage hatte — obwohl der Herr Doktor in zwei ausgedehnten Sitzungen stundenlang alle Adressatenliste anwandte um die Verfassungänderung zu Fall zu bringen. Einem geringfügigen Zufall, einer Drittelsstimme, verdankte Herr Doktor Wittern seinen Sieg. Aber Dr. Wittern ist Rechtsgelehrter und kennt die Antwort, die Doktor Faust dem wissenschaftlichen Fakultus Wagner entrichtete: Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt zu rechter Zeit ein Wort sich ein! Und die Worte sprudelten nur so aus des Meisters Munde: schamlose Rechtsverletzung, Vergewaltigung der Minderheit (damit meint er mir!) ich erhebe heiligen Protest. . . . Und Dr. Wittern mit dem echt deutschen Herz und dem vor germanischer Erbitterung puterweißen Gesicht erhielt Unterstützung durch die Hausbesitzer, Kommunisten und den auf die deutschnationale Bank gerichteten unverdächtigen Rosenquist. Womit dieser Akt vorläufig abgerollt ist. Qui vivat, verat! Nun hat der ehemalige Innungsmeister Rosenquist vorläufig sein Ziel erreicht. Ehemals ein Kämpfer des freiwilligen Volksparteilers Aug. Pope, legt deutschnational, nächstes Jahr wahrscheinlich völkisch!

Dann führten Lewe und Schlichter einen Indianertanz mit Leberrecht-Hühner-Ausgang über den 6-Uhr-Vadenschluß auf. Hellborn und Dr. Finl assistierten und schoben die Schuld den Sozialdemokraten resp. ihrem Politgenossen zu. Wir brauchen die verdorbenen Schalmereien völkischer und volksparteilicher Arbeitervertreter ebensowenig wie die der kommunistischen Allernachmittags hier anzudeuten. Es ist schon genug zu sehen. Uniere Fraktionärederer Haut und Dreger sagten den Herren deutlich genug, wo sie zu Hause sind. Beide Redner erläuterten nebenbei auch dem Volksparteiler Vorkamp die vorbildliche Einstellung des Konsumvereins zum 6-Uhr-Vadenschluß und 8-Stunden-Tag. Nebenbei sprach Genosse Dreger die dunklen Gardinen der Handelskammer etwas zurück.

Nicht minder die gab es Genosse Dreger den Kommunisten, die mit einem Leichenfledderer-Antrag politische Geschäfte zu machen versuchten. Diese Fraktion geht auf Partesfang aus wie ein Lumpenhändler auf zerissene Fische. Nur daß dieser ein ehrliches Gewerbe betreibt, während die Kommunisten ihren Fiskus anbeten. Ihr Heilsarmeeleiter Schmidt haite sogar die Unwissenheit, die sozialdemokratische Fraktion für den Tod eines verunglückten Erwerbslosen verantwortlich zu machen. Leute, sagte Genosse Dreger mit Recht, die eine derartig irrationale Politik aneignen im Interesse der Arbeiter treiben, haben das Recht verwirrt, anständige Menschen beleidigen zu können. Unser Redner gab den kommunistischen Schwabeneuren einige so fette Brocken, daß es selbst die russischen Wölfe graute, sie zu verschlingen.

Eine gewaltige Rede hielt der beruflich im Bücherkauf herumwühlende Archivar Dr. Fink über die Moral in Theater. Oder besser: über das Theater der völkischen Moral. Ein Rhetoriker, glänzend im Bau wie hervorragend als Rufführer. An dessen baywarischem Wortadrenalin konnte man sich die Hände abtrocknen. Das ist zwar bildlich gesprochen, aber in der Tat unternahm dieses Geschäft Dr. Leber. Unser Genosse wies dem superflugen Herrn nach, daß der larmoyante Bölling hier über Sachen urteilte, die er weder gesehen noch verstanden hatte, und daß hier die geschwätzte Kunst mit politischen Mitteln verknackt werden sollte. Und so war es auch. Der Demokrat Wandel kam trotz leiser Ablehnung zu derselben Überzeugung. Na, bei der kolossalen Entwicklung der völkischen braucht deren Protest nicht gar zu tragisch genommen zu werden. Es war eine Wildente, wie sie heutzutage die 7-Uhr-Vadenschlüssel jeden Tag zur Freude großer Kinder umsonst abgeben und die zerplagen, ehe der Morgen graut.

Der Wortführer Ehlers hatte Gelegenheit, in den zeitweise erregten Debatten Ermahnungen und Rügen zu erteilen. Sein 2. Stellvertreter verlornte bei der Rede des Genossen Haut die Gelegenheit, als im deutschvölkischen Lager das Blinckfeuer aufblitzte und alsobald wieder verglimmte.

Auf der Senatsfrage in Amerika waren, wie die bürgerliche Presse meidet, die Herren d. r. Rechten. Es wird hierzu folgendes mitgeteilt: Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat Dr. jur. Paul Leber für, zurzeit an der Vorkassat in Washington, seine Bereitwilligkeit, für den Völkischen Senat in Lübeck zu kandidieren, nach der Ablehnung der Senatsvorlage telegraphisch zurückgegeben, da ihm in Amerika anderweitige Möglichkeiten geboten sind. Dr. Leber führt als Kandidat derjenigen Kreise, die ihre Hoffnung auf die Mitarbeit von Männern setzen, die dem Gemeinwohl mit besonders vielseitigen Erfahrungen zu dienen vermögen. — Also wieder um eine Hoffnung ärmer. Der Herr Doktor gedenkt wohl in Amerika glücklicher die Treppe hinaufzufallen.

Ein Urteil gegen die Baubehörde. Eine Anzahl Anwohner der Moltkestraße wollte die Abgabe für die Neupflasterung der Straße nicht bezahlen und strengte Klage an. Das Verwaltungsgericht zur Entscheidung angetreten, fällte dieses Urteil: Die Abgabebeträge werden aufgehoben und der Lübecker Staat wird verurteilt, die bereits gezahlten Raten zurückzahlen. Der Lübecker Staat hat auch die sämtlichen Kosten des Rechtsverfahrens zu tragen. — Das Material zur Neupflasterung war anderen Straßen entnommen.

### Lübecks Bevölkerung.

Lübeck zählte nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamts Ende Februar 124 103 Einwohner gegen 122 936 im Vorjahre. Die Wanderungsbewegung brachte im Februar bei 1402 Zugezogenen und 1309 W. abgezogenen einen Gewinn von 93 Personen. Die Geburten überstiegen die Sterbefälle um 56 (1923: 20). An gelehrten Arbeitern zogen 143 zu, 136 von hier fort, und an ungelerten 78 bzw. 30; auch bei den Handlungsgehilfen und Verkäuferinnen war der Zugang (107) größer als der Wegzug (76). Die Heiratsziffer war mit 48 um 7 niedriger als im Januar, aber um 10 höher als im vorjährigen Februar. Die Gesamt der Geburten betrug sich auf 179 (99 Knaben und 170 im Vorjahre. Von den Geborenen waren 34 oder 19 % (1923: 13,5) unehelich und 3 oder 1,7 % (5,9) tot. Sterbefälle wurden 120 registriert und 145 war 70 männliche und 50 weibliche. Im Vormonat starben 145 und im Vorjahre 140. Von den Gestorbenen waren 23 oder 19,2 % (23,6) bis zu 15 Jahren alt, während 57 oder 47,5 % (40,7) das 60. Lebensjahr überschritten hatten. Die Verhältnisse (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) betrugen im Februar für Eheschließungen 5,0 (3,7), für Geburten 18,8 (16,6) und für Sterbefälle 12,9 (13,6). Die hauptsächlichsten Todesursachen waren Krankheiten der Kreislauforgane 25 (20), Tuberkulose 19 (16), Gehirnschlag und andere Krankheiten des Nervensystems 15 (11), Krebs 12 (15), Altersschwäche 11 (9) und Lungenerkrankung 6 (9), durch Verunglückung kamen 7 Personen ums Leben. Die Säuglingssterbeziffer (auf 1000 Lebengeborene und auf das

Jahr berechnet) war mit 84,2 erheblich niedriger als die vorjährige (132,5). Es starben 13 (72) Kinder im Alter von unter einem Jahr, darunter 7 an angeborener Lebensschwäche und je 1 an Tuberkulose und Lungenerkrankung.

Eine seltene Ladung brachte heute früh der von Helsinki kommende Dampfer Regit. Er brachte außer einer Anzahl Lappländerfamilien 33 Kanarienvögel und 6 Hühner, die von hier aus die Reise nach Salla a. d. Sarle antreten.

Eine öffentliche Sitzung des Senats findet am Sonnabend, dem 28. März, vormittags 10 Uhr im Zimmer 40 des Gerichtshauses statt. Zur Verhandlung kommt: Untergang des Lübecker Seglers Helene auf der Reise von Rutehamn nach Karlskamm im September 1924.

Geselliger Abend der „Isba“. Der Vorstand der „Isba“ (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten und Angestellten) hatte die parteigenösslichen Beamten und Angestellten mit Familienangehörigen nach dem Gewerkschaftshaus eingeladen, um einmal nach des Tages Mühsal und Lasten einige Stunden in geselliger Kreise verleben zu können. Die Veranstaltung dieses Abends gab den Genossen Gelegenheit, in Gemeinschaft mit ihren Frauen und Familienangehörigen sich im engen Kreise näherzukommen. Für den Abend hatten sich die Genossen Schermer und Heidemann in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Sie fanden für ihre Darbietungen eine dankbare Zuhörerzahl, die ihnen reichlich Beifall spendete. Genosse Blante mit seinem Partner bestritt den musikalischen Teil des Abends, der eine engere Fühlung der Genossen zur Folge hatte.

## Lübecker Bürgerschaft.

### Erneuer Antrag für die Aenderung der Landesverfassung.

b. Lübeck, 16. März.

#### Der Zerfall der Wirtschaftsgemeinschaft.

Das Bürgerschaftsmitglied Sütle (Soz.) hat das Mandat niedergelegt. An seine Stelle tritt Hr. Fresemann, die vom Wortführer Ehlers begrüßt wird. — Weiter teilt der Wortführer mit, daß sich die Wirtschaftsgemeinschaft aufgelöst hat. Sie zerfällt wieder in Volksparteiler und deutschnationale. Zu der Volkspartei übergetreten ist der von den Demokraten gewählte, bisherige Hospitant der Wirtschaftsgemeinschaft, Dr. Neumann, der Zentrumsmann Dr. Siering wird deren Hospitant. Vollständig von den Deutschnationalen zu den Volksparteilern und Rosenquist zu den Deutschnationalen.

#### Zur Landesverfassung.

Es ist folgender Dringlichkeitsantrag eingegangen:

Die Bürgerschaft wolle beschließen, 1. den als Anlage zu dem Bericht des Gemeinsamen Ausschusses vom 12. Februar 1925 — Drucksache 1925 Nr. 1 — im Entwurf abgedruckten Gesetz betr. Aenderung der Lübschen Landesverfassung mit der Aenderung, daß sie dem Gesetzentwurf unter Art. 11, Abs. 2 hinter den Worten „eines hauptamtlichen“ eingefügt wird „als Aufwandsentschädigung“, ihre Zustimmung erteilen. 2. den Senat nach Verabstimmung des Beschlusses von 1. gemäß Art. 37 der Verfassung zu erlöchen, dem Gesetze ebenfalls zuzustimmen und das darnach Erforderliche zu veranlassen.

Rechtsanwalt Evers verliest namens der beteiligten Fraktionen folgende

#### Erklärung.

Infolge eines Zufalles hat die Verfassungsvorlage in der zweiten Lesung nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Die Fraktionen des Verfassungskompromisses sind nicht gewillt, diese für die gesunde Weiterentwicklung, wenn nicht den Fortbestand unseres Staatswesens leben, notwendige Vorlage zum Spielball des Ungefährs zu machen. Sie haben dabei hervor, daß keine der Mehrheitsfraktionen in dem nach anderthalbjähriger Verhandlung gefundenen Kompromiß eine alle ihre eigenen Sonderwünsche befriedigende Lösung erblickt. Jede Mehrheitsfraktion hat in klarer Erkenntnis der unvermeidbaren Staatsnotwendigkeiten Opfer parteipolitischer Überzeugungen gebracht. Gewisse, hier in den früheren Verhandlungen beantragte Abänderungen finden an sich in der einen oder anderen Mehrheitsfraktion volle Sympathie. Wenn sie dennoch grundsätzlich abgelehnt werden, so geschieht es deshalb, weil die Minderheitsfraktionen die politische Lage und den Zweck des Verfassungswerkes vollständig verstanden, wenn sie glauben, bei Gelegenheit dieser Vorlage ihre Einzelbestrebungen durchsetzen zu können. Nicht nach solchen, wenn auch sachlich begründeten Einzelbelangen kann diese Vorlage beurteilt werden. Ihre Annahme oder Ablehnung steht allein unter dem Gesichtspunkt, ob der Staat als Ganzes die Neugliederung des obersten Staatskörpers gebieterisch erfordert. — eine Frage, die von keiner staatsrechtlichen Fraktion verneint werden kann und verneint wird — und ob eine andere als die im Kompromiß gefundene Lösung irgend welche Aussicht auf die verfassungsmäßige Mehrheit hat. Die Mehrheitsfraktionen erklären hiermit, daß eine andere Möglichkeit, die Verfassung umzugestalten, als dieses Kompromiß es vorzieht, zurzeit nicht vorhanden ist.

Ein Antrag Echolt (Dem.) auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Dr. Wittern (zur Geschäftsordnung) erhebt Widerspruch gegen die sofortige Beratung dieses Antrages. Er verstoße gegen die Verfassung. Was heute hier geschehe, habe man noch in keinem Parlament gemagt. Das Ganze sei eine schamlose Verletzung von Verfassung und Geschäftsordnung, die Senat und Bürgerschaft den letzten Rest von Achtung nehme. (Der Wortführer bezeichnet diese Ausdrucksweise als unzulässig.) Man überlasse die Bürgerschaft. Das sei eine Vergewaltigung der Minderheit. Alles, was hier beschlossen werde, sei nichtig. Zudem sei die Senatsvorlage vom 23. Oktober 1924 noch nicht einmal verabschiedet. Auch allgemeine Gründe des Staatsrechts würden gegen die Rechtsgültigkeit des heutigen Vorgehens sprechen. — Wortführer Ehlers: Es handelt sich hier um einen Dringlichkeitsantrag. Bisher war es üblich, daß derartige Anträge sofort verhandelt wurden, wenn die Hälfte der Bürgerschaft da, er gestimmt hatte. Der Wortführer teilt ferner mit, daß der Protest Dr. Witterns von den Deutschnationalen, Hausbesitzern und den Kommunisten unterschrieben ist. — Der Dringlichkeitsantrag wurde mit 54 gegen 22 Stimmen, also mit 2/3-Mehrheit, angenommen.

Dr. Wittern (Völk.) beanstandet, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung nicht aufgenommen wurde. — Dietrich (Hausbes.) behauptet ebenfalls, daß hier eine Vergewaltigung vor sich gegangen sei, welchen Ausbruch auch Dr. Wittern unter lebhaften Zwischenrufen wiederholt. Die Schande falle

auf alle zurück. Werde einmal nach Moskauer Art in Deutschland regiert, dann dürfe sich die Bürgerschaft nicht belagern, denn sie zeige ja, wie man es handhaben solle, um Minderheiten unterzukriegen. — Der Antrag Dietrich auf namentliche Abstimmung wird abgelehnt.

Eine dringliche Anfrage wünscht Auskunft darüber, was der Senat zu tun gedenke, daß begabten Schülern schon nach dreijährigem Besuch der Grundschule der Uebertritt in eine höhere Schule gestattet wird. — Senator Dr. Vermeiren behauptet, daß mit derartigen Besuchen bisher gute Erfahrungen gemacht worden seien. Im Reich werde diese Frage demnächst beraten. Deshalb habe die Oberbehörde zu dieser Frage noch keine Stellung genommen.

#### Senatsanträge.

Erlaß eines Senatoren-Aushebungsgesetzes und eines Senatoren-Hinterbliebenengesetzes. — Wird bis zur Verfassungsänderung zurückgestellt.

Abänderung der Baukasse für einen Teil der Reisefinger Allee.

Weitere Kleinpflasterungsarbeiten auf der Travemünder Landstraße.

Schließung eines weiteren Wohnzuges an der Wisenstraße. Weitere Verstärkung der Mittel der Baubehörde. — Die Senatsvorlagen werden mit dem Zusatz Schmidt (K.) angenommen, daß bei den Arbeiten der Tariflohn bezahlt wird.

Verleihung des Enteignungsrechts an die Baubehörde zum Erwerb einer Fläche im Stadtteil Schlutup. — Rehmer (Soz.) macht auf einen früher eingebracht Antrag aufmerksam, die Besteuerung nach dem Grundwert vorzunehmen. Der Straßensbau bringe den Anliegern eine Wertsteigerung ihres Grundbesitzes. Jetzt wollten diese sogar noch eine Entschädigung dafür, daß die Straße aus Mitteln der Allgemeinheit hergestellt wird. Eine Vorlage für eine verminderte Besteuerung des Grund und Bodens sei notwendig, damit derartige Anträge nicht mehr gestellt werden könnten. Der Redner polemisiert in weiteren gegen den durch Zwischenrufe seine Abneigung gegen die Ausführungen des Redners kundgibt und den Stadtern die Schuld an den hohen Grundstückspreisen zuschiebt. Rehmer erklärt, daß an den hohen Grundstückspreisen nichts herabzusetzen sei. Gerade seine Forderung der Spekulation vorbeuge. — Senator Dr. Vermeiren verweist auf eine bevorstehende reichsgesetzliche Regelung dieser Frage. — Rehmer (Soz.) erklärt, die Besitzer hätten auf Wertsteigerung rechnen können. Es werde manches Grundstück gekauft, weil man auf späteren Gewinn durch Aufwendungen der Allgemeinheit z. B. auf ein Vermögensgesetz im Reich sei kaum zu hoffen. — Henk (L.) ist der Ansicht, daß die Landwirte aus ihren Besitzungen nichts herauswirtschaften können. Die landwirtschaftlichen Grundstücke würden der alle von Söhnen der Industriellen aufgekauft, während die Landwirte ihre Grundstücke noch hypothekarisch belasten müßten. — Rehmer erwidert, Herr Henk sei vom Einfluß der ostelbischen Agrarier besessen. Wirkliche Bauern, die selbst mitarbeiten, seien überzeugt, daß nicht die Ertrags-, sondern die Grundwertsteuer das Richtige sei. — Die Senatsvorlage wird angenommen.

Gewährung eines Witwengeldes an die Witwe des früheren Oberarztes am Allgemeinen Krankenhaus Dr. Hoffacker. — Wird angenommen.

Mittel für den Ausbau der Erholungsstätte und Waldschule Westloe.

Mittel für die Errichtung eines Kindererholungsheims im Bauerholz. — Passarge (Soz.) gibt den Ausschüßbericht. Heute schon würden alle Einrichtungen, die die Jugendfürsorge betreffen und staatliche Mittel erhalten, durch das Jugendamt geleitet. Dagegen könne man nichts einwenden. Der Ausschüß sei sich darüber schlüssig, daß bei Neueinrichtungen der verfassungsmäßige Weg eingehalten werden müsse und daß es zweckmäßig sei, das Jugendamt geschäftlich zu hören. Die verschiedene Behandlung der beiden Anträge berühre allerdings sonderbar. Bei dem vom Arbeiter-Samariter-Bund zu errichtenden Kindererholungsheim im Bauerholz habe man die Bestimmung eingehalten, daß bei einem Wechsel des Fürsorgers der Senat gehört werden müsse, die man bei der Waldschule Westloe nicht finde. Der Ausschüß fordere gleichmäßige Bestimmungen. — Klann (Komm.) wünscht mehr Rücksicht auf die Pflege profanitärer Kinder. Die wirtschaftliche Lage der Eltern müsse mehr berücksichtigt werden. Bei der Heilsarmee und der Nothilfe habe man keine besonderen Bestimmungen gefordert. — Senator Hoff erklärt, Herr Klann habe die Sache falsch verstanden. Es handle sich nur um eine Einmischung des Staates, wenn



eine derartige Einrichtung aufgestellt werden soll. Wenn der Staat erhebliche Mittel zugesprochen habe, müsse er auch das Recht haben, den Zweck der Gründung weiterzuführen. — Die Anträge werden mit einer Abänderung, daß dem Arbeiter-Samaritaner-Bund unter der vom Jugendamt vorgeschlagenen Bedingung ein Zuschuß bis zu 10 000 Mark bewilligt werde, angenommen.

**Erhöhung der Gebühren für Jagdkarten.** — Kofz (Komm.) beantragt und begründet eine Gebührenerhöhung. Für Jahreskarten fordert er statt 15 Mk. eine Gebühr von 100 Mk., für eine solche mit dreitägiger Gültigkeit statt 8 Mk. 80 Pf., ebenso sollen die Trabrennfelder-Badegäste 30 Mk. statt 3 Mk. bezahlen. Den Anwohnern der Küste dürfe keine besondere Gebühr für die Jagd auf der See abgenommen werden. — Hent (D.N.) spricht gegen die von Kofz beantragte Erhöhung der Jagdkarten, da der Ertrag die Bauern keine Gemeindefrüchte mehr gebracht, da der Ertrag zu gering sei. — Die Abänderungsanträge von Kofz werden abgelehnt. Der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

### Der 6-Uhr-Ladenschluß.

Ein Antrag Lewe und Schlösser fordert vom Senate Einwirkung beim Reich, um Abänderung der Gewerbeordnung, die u. a. auch bezweckt, daß auf Antrag von mindestens einem Viertel sämtlicher Geschäftsinhaber der Gemeinde oder bestimmter Geschäftszweige die Gemeindebehörde die beteiligten Geschäftsinhaber zu einer Konferenz für oder gegen die Einführung des beantragten früheren Ladenschlusses auffordern kann. Erklären sich hierbei mehr als 50 vom Hundert der Abstimmen für den früheren Ladenschluß, so ist dieser durch Ortsrat anzuordnen. In gleicher Weise ist zu verfahren, sofern in einem für die beteiligten Geschäftsinhaber geltenden Tarifverträge ein früherer Ladenschluß vereinbart worden ist. — Lewe (D.Volksp.) betont in der Begründung des Antrages, daß sich das Publikum in der Kriegs- und Inflationszeit an den früheren Ladenschluß gewöhnt habe und daß sich erfreulicherweise auch die sozialen Anschauungen über die Arbeitszeit der Angestellten etwas geändert hätten. Der 7-Uhr-Ladenschluß entspreche aber nicht den berechtigten sozialen Forderungen, da die Angestellten erhaltungsgemäß noch nach Geschäftschluß mit Nacharbeiten belastet seien. Durch tarifliche Abmachungen sei Durchreisendes nicht zu erwarten. — Schlösser (D.Volksp.) erklärt, der 7-Uhr-Ladenschluß sei in Lübeck nicht nötig gewesen und nur wieder eingeführt worden, weil gewisse Arbeitgeber ihren alten Nachtstandpunkt geltend machen wollten. Nur 25 % des Einzelhandelsverbandes seien für die Verlängerung der Ladenschluß gewesen, die großen Geschäftshäuser die treibenden Kräfte. Weiter kritisiert der Redner die Stellung der Handelskammer zu dieser Frage. (Wir haben diese Stellungnahme im Volksboten ausführlich gewertet.)

Hant (Soz.) verweist auf den Kontrast, den die beiden Vorredner durch ihre politische Fraktionszugehörigkeit und ihre Ansichten hervorgerufen. Ihre Stellung zur Angelegenheit und politische Einstellung mit den Unternehmern müsse doch ein gewisses Unbehagen zeitigen. Im übrigen seien die Geschäftsinhaber in der Inflationszeit, als die Preise sprunghaft in die Höhe schwebten, nicht immer für den späten Ladenschluß eingestanden gewesen. Da habe man mittags und abends früh geschlossen und der Arbeiter konnte zusehen, wie er seinen entwerteten Lohn anbrachte. Die Geschäftsleute betrachteten damals den Ladenschluß genau so vom Profitstandpunkt aus wie heute. Diese Feststellungen wirken von selbst. Der Redner verweist ferner auf die Möglichkeit des 6-Uhr-Ladenschlusses bei gutem Willen. Das bewiesen die Konsumgenossenschaften, die nach wie vor am 6-Uhr-Ladenschluß und am 8-Stunden-Tag festhielten. Hierdurch werde die Theorie von der Notwendigkeit des späteren Ladenschlusses und der Ueberforderung der Arbeitszeit als hinfällig erwiesen.

Heilborn (Komm.): Moralischen Vorhaltungen sind die Kapitalisten unzugänglich. Es bleibt nichts anderes übrig, die Angestellten müssen daselbst tun. Für den Raub des 6-Uhr-Ladenschlusses sei das Polizeiamt verantwortlich. (Zuruf Dr. Fink: Sehr richtig!) — Wortkamp (D.Volksp.) ist der Ansicht, daß die Bürgerpflicht mit dem Ladenschluß nichts zu tun habe, das sei Reichsangelegenheit. Die Frage sei nicht nur im Lichte der Angestellten zu betrachten, man müsse vielmehr die Wirtschaftlichkeit der Eigenbetriebe und des Staates in Betracht ziehen. Die umliegenden Gebiete hätten längeren Ladenschluß. Durch den kürzeren seien einige auswärtige Kunden nach Hamburg abgewandert. Dem Kaufmann könne man mit den Geschäften im freien Wettbewerb nicht vergleichen. Die 75 % der Ladenbesitzer, die sich für den 6-Uhr-Ladenschluß ausgesprochen, seien nicht maßgebend, da es sich nur um kleinere Geschäfte handle. — Schlösser (D.Volksp.) erklärt, die Haupttreiber des 7-Uhr-Ladenschlusses seien zwei Kaufhäuser, deren Direktoren in Hamburg und Lübeck liegen. Diese hätten mit dem Kaufmannsverband des Einzelhandelsverbandes gedroht, weiteste Kreise des Lübecker Publikums wollten den 7-Uhr-Ladenschluß nicht. Der Redner verliest einen anonymen Brief, in dem für recht lange Geschäftszeit einsetzten wird. Die Arbeitgeber seien nicht viel höher einzuschätzen als der Einzelner, wenn sie ihre Angestellten so bewerteten. — Wortkamp (D.Volksp.) stellt in Abrede, daß sich der Einzelhandelsverband im Schlepptau der Kaufhäuser befinde.

Dreger (Soz.) legt der Besprechung nicht allzu viel Wert bei, weil die Antragsteller politischen Kreisen angehören, die Gegner des 6-Uhr-Ladenschlusses sind und die Organisationen, die die Antragsteller vertreten, eine Interessensharmonie von Angestellten und Unternehmern verfechten. Der G.V. und der D.N. sollte endlich einsehen, daß nur eine Schlichtungsgemeinschaft mit den Arbeitern Besserung bringt. Aber die Herren haben von persönlichen Besprechungen keinen Gebrauch gemacht, obwohl die im D.N.S. organisierte, eine große Kaufkraft darstellende Arbeiterkraft bereit war, mit den Angestellten zu kämpfen. Wie fahrlässig und leichtsinnig die Verfechter des Antrages mit den Interessen der Angestellten umgehen, ergibt sich schon daraus, daß sie jetzt schon einen Teil ihrer Forderungen preisgeben und mit dem 6-Uhr-Ladenschluß im Sommer zufrieden sind. Ueber das Gutachten der Handelskammer zu dieser Frage braucht man sich nicht zu wundern, deren Mitteilungen weisen zu sehr oft realistische Ansätze auf. Es braucht nur an den Artikel Zielsetzung über den 8-Stunden-Tag der Hochsenarbeiter erinnert zu werden. Jene ist die Handelskammer in ihrer heutigen Zusammensetzung nicht dazu berufen, Lübecks Wirtschaft aufzubauen. Herrn Wortkamps Ansicht über die Stellung des Konsumvereins im Wirtschaftslieben sei vollkommen abwegig. Gerade der Konsumverein mit seinem großen Abgabebereich und seiner Bedeutung als Verteiler von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln beweise, daß der 7-Uhr-Ladenschluß nicht dem Bedürfnis der Käufer entspreche, sondern dem arbeitgeberlichen Machtgefühl. Konkrete, richtige Ansätze mit anderen Städten können hier nicht in Frage. Der Nachdruck der Unternehmer könne nur getrost werden, wenn auch die Angestellten erkennen, daß sie in Lebens- und Arbeitsfragen mit den Produzenten einig sein müssen, sonst wird der Unternehmer dauernd der laßende Dritte sein. (Bravo! h. d. Soz.)

Der Antrag wird mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

### Ein kommunistischer Agitationsantrag.

Der Antrag Nickel und Gen. betr. Unterstützung an die Familie des verunglückten und verstorbenen Erwerbslosen A. L. b. recht wird von Schmidt begründet. — Dietrich (Hausb.) und Dr. Fink (D.Volksp.) treten für den Antrag ein. Letzterer fordert aber Ausschlußberatung.

Dreger (Soz.) erklärt, die Angehörigen Abrechts lehnten es ab, ihre Interessen durch die Kommunisten vertreten zu lassen. Was die Kommunisten hier treiben, sei nichts anderes als Leichentod. Der Verwaltungsausschuß beim öffentlichen Arbeitsnachweis habe sofort nach dem Tode des Mannes untersteltlich eingegriffen. Die Kommunisten hätten den Vater des Verstorbenen aufgeschreckt und verprochen, für die Hinterbliebenen alles zu tun. Auch der Vater habe es abgelehnt, da es den Kommunisten nicht um die Hilfe, sondern um ihre Parteitätigkeit zu tun war. Den Vorwurf der Kommunisten über das Ermächtigungsgesetz verweist Dreger als Phrase weit zurück und erinnert an die Zeit, wo es galt das kleinere Übel zu wählen, um aus der Inflation herauszukommen. Fehler und Mißgriffe lagen nicht im Willen der zustimmenden Parteien. In Lübeck würden die Arbeiten der Erwerbslosen zu Tariflöhnen bezahlt werden. Gegenüber den Vorwürfen der Kommunisten, daß bei den Notstandsarbeiten ein Antreibesystem herrsche, sei festgestellt, daß das nur im Gehirn der Kommunisten existiere, die bei den Notstandsarbeiten besonders wüthten. Wie wenig die Erwerbslosen und Betriebsräte von den Kommunisten wissen wollten, habe sich bei der Konferenz am Sonntag ergeben, von deren jämmerlichen Besuch die Kommunisten selbst davongelaufen seien. Die sozialdemokratische Fraktion rede nicht nur, sondern handle, während die K.P.D. eine gewissenlose Politik treibe.

Edholt (Dem.) bemerkt, daß der kommunistische Antrag wahren Impulsen entspringt. Herr Dietrich habe völlig falsche Angaben über die Senatspensionen gemacht und gar keine Ahnung, um was es sich bei dem Antrag gehandelt habe. — Schmidt (Komm.) verliert die Angaben Dreger zu bezweifeln. Die sozialdemokratische Fraktion sei am Tode des Erwerbslosen mitschuldig. (Der Vorsitzende ruft Schmidt wegen dieses Vorwurfs zur Ordnung.)

Dreger (Soz.) polemisiert gegen die falschen Anschuldigungen Schmidts und beweist an der Hand von Protokollen, daß für die Angehörigen und Bewerblücken gesorgt wurde. Die Ursache des Todes seien Komplikationen nach der Amputation des Beines, wie sie häufig vorkommen. Im übrigen habe selbst ein bei den Notstandsarbeiten beschäftigter Kommunist es abgelehnt, tarifmäßig entlohnte Arbeit anzunehmen, weil er sich bei den Notstandsarbeiten besser stehe.

Der kommunistische Antrag und der Antrag Fink auf Ausschlußberatung wird abgelehnt.

### Völlische Theatermoral.

Antrag von Dr. Fink: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, dahin zu wirken, daß das hochdortige Schauspiel „Die Nacht der Farnherzzeit“ unzugänglich vom Spielplan verschwindet und nicht mehr zur Aufführung gelangt. — Der Antragsteller bezeichnet das Stück als ein Gemisch von Blüthen und Sexualität. Die Vorkämpfer hätten keinen Anlaß, sich für das Stück einzusetzen, denn die Revolution komme dabei recht schlecht weg. Ein unbeeinträchtiger Arbeiter (Zuruf: Krawall!) würde sich nicht günstig über das Schauspiel äußern. Da das Stück nicht mehr aufgeführt werde erübrige sich sein Antrag. Aber der Theaterleitung müsse man etwas auf die Finger sehen. Das beweise auch die Anlegung von Sulzmanns Geheimnis auf der Spielplan am Gedächtnistag der Gefallenen. — Wandke (Dem.) erinnert daran, daß eine momentane Kritik noch keinen Beweis für den Wert oder Unwert eines Theaterstückes bilde. Aber die Bürgerschaft sei nicht der Ort, um ein Urteil zu fällen, wie sich auch in der Hamburger Bürgerschaft erwiesen habe. Politische Einstellungen sollte man hier fernhalten.

Dr. Leber (Soz.) erklärt, die Ausführungen Dr. Finks beweisen, daß dieser das Stück weder gesehen noch gelesen habe. So wie Fink urteile, habe ich auch der Held in Anführungsstrichen, Volk in Schluß gezogen. Dieser habe Tolkers Hintermann ebenso heruntergerissen, ohne ihn gekannt zu haben. Das gleiche habe Klant mit Marx getan. (Zuruf Klant: Lügen, Sie nicht!) — Große Heiterkeit. Es freut mich Herr Klant, daß Sie sich als Deutschvölkischen bezeichnen. Zu dem Theaterstück selbst ist zu sagen, daß das Publikum ein Recht hat, Theaterstücke anzunehmen oder abzulehnen. Aber wenn ein einzelner Deutschvölkischer mit einer Trillerpfeife ins Theater geht, dann ist es Verbrechen. Er ging mit dem festen Vorsatz hin, das Stück anzuspotten, ihn trieben also rein politische Gründe. Die Nacht der Farnherzzeit ist kein Stück von erschütternder Bedeutung, doch recht es an literarischer Bedeutung hoch über Walter v. Meles Lebensballaden, einem ausgesprochenen Künstler. Doch Herr Dr. Fink darüber nicht kritisiert, zeigt, daß ihn nur politische Gründe leiten. Auf der Bühne kann jede Richtung zu Worte kommen. (Zuruf Schlösser: Aber keine Schweinerei!) Ja, wenn Ihre Phantasie nach dem Fallen des Vorhangs hinter den Bühne eine Schweinerei wittert, sagt das genug. Sie können, scheint's, nicht einmal eine leichte Anspielung vertragen. Die Bühne soll die Politik fernhalten und nur die Kunst pflegen. (Bravo! bei den Soz.) — Der Vorsitzende ruft die Zwischenrufe Lüge und Quatsch. Man soll sich in der Bürgerschaft guter deutscher Ausdrücke bedienen.

Der Antrag Fink wird abgelehnt. Dafür stimmen Völkische, Hausbesitzer und Dr. Raibel.

Angenommen wird ein Antrag Nickel betr. Oster-Unterstützung von Erwerbslosen, Notstandsarbeitern und Sozialrentnern und Einreichung der Notstandsarbeiter und Erwerbslosen auf dem Flugplatz Blankenese in Klasse A. Nach Mitteilung von Dreger (Soz.) wird sich der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises am Mittwoch mit dieser Frage beschäftigen. Ein weiterer Antrag betr. Stillehaltung in Schluß wird angenommen.

### Ein sozialdemokratischer Antrag

betrifft die Einmütigung des Senats beim Reich für die Reform der sozialen Gesetzgebung und fordert vor allem

- a) die Zulassung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung und
- b) die Beteiligung aller Betriebs-, Innungs-, Land- und Erwerbslosen zu Steuern großer allgemeiner Ortskrankenkassen.

Nachdem Lewe (Volksp.) dagegen gesprochen, wird der Antrag mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

Angenommen wird ferner ein sozialdemokratischer Antrag betr. Grundwerfer und ein kommunistischer Antrag betr. Grundwerfer, den Senatsrat das Wahlrecht bei der Reichspräsidentenwahl zu sichern. — Schluß kurz vor 10 Uhr.

### Nachträgliches zur Trauerfeier der Republik.

Die Flaggen der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft. — Metallindustrielle als Reinheitssträmer. — Der Jungdeutsche in Ruffe.

Wir müssen noch einmal auf die Geschehnisse beim Tode des Reichspräsidenten Ebert zurückgreifen. Es hat sich da nachträglich doch auffällig herausgestellt, das der Mitwelt bekanntgemacht werden muß. Großartig wie immer gab sich die Lübeck-Büchener Eisenbahn. Auch sie wollte äußerlich ihr Bestes tun und gab Befehl zum Absteigen. Schwarz-Weiß-Absteigen nicht gut an, vorhanden waren nur zwei Lübecker Fahnen, die aber so zerfetzt und müde waren, daß sie der Wind in 5 Minuten in Fetzen zerreißen hätte. Der Flaggenmeister der L.B.E. kam einem Auftrag nach und bestellte also neue. Wahrheitslieblich erinnerte er sich, daß der verstorbene Reichspräsident Republikaner war und so kam er auf den sonderbaren Gedanken, nicht zwei Lübecker, sondern eine weiß-rote und eine schwarz-rot-goldene Fahne zu bestellen. Und alsbald flatterte die Reichsflagge im Winde. Da kam ein hohes Tier zufällig an, gefahren und wollte die 1. Klasse seiner Gesellschaft benutzen. Beim Anblick der republikanischen Flagge geriet der Herr in solch gewaltige Aufregung, daß er beinahe den Zug verpaßt hätte. So etwas passierte in die verfluchte rote Bande. Flugs gab er den Befehl, die Flaggen, die bereits 1/2 bis 2 Stunden so prächtig geflattert hatten, sofort einzuziehen. In deren Stelle wurden die alten morosen Dinger hochgezogen. Sollte da nicht der im Januar durch ein Eisenbahngesellschaftsberühmter Direktor Dr. O. H. der Empirie gewesen sein, der nach diesem Schmerz mit dem Gewissen eines echt deutschen Mannes in die Wölfer sank?

Ein zweiter Fall. Mit den Industriellen wurde die Abmachung getroffen, daß die Arbeiter zur Stunde der Beilegung des Reichspräsidenten in Heideberg eine Gedtenpause von 15 Minuten machten. Wie nicht anders zu erwarten war, konnten die Betriebe dieser Metallgewaltigen die finanzielle Last nicht tragen, die Viertelstunde wurde abgepasst. Ja, die Sorgen der Industriellen sind so groß, daß selbst zwei Pfennig im Ausgabeneck eine Rolle spielen. Und so ging man um den Beschäftigten willen her und zog am letzten Sonntag den Beschäftigten der Firma Gwero & Wiesner 2 Pf. — zwei Pfennige — für jene belagten 15 Minuten ab. Der Vorgang ist fast zu schön, um niedergeschrieben zu werden.

Die Metallindustriellen zählen bekanntlich zu jenen Kreisen, die eine wahre Volksgemeinschaft erstreben, so wie der Geistliche in Ruffe, für den ein völkischer junger Herr eine Lange ist. Er versucht in zwei Vorkühlschreibmaschinen die Aufgaben unseres Gewährsmannes zu entkräften. In seiner Einseitigkeit er aber nur, was er zu bekämpfen beabsichtigt. Der Inhalt lautet: Der Pastor ist Vorsitzender des Jungdeutschen Ordens (völlig bis auf die Knochen), erstrebt durch seine sozialen Taten die Volksgemeinschaft wie die Ueberbrückung der Klassen-gegenstände und betätigt sich in deutscher Richtung. (Bietet also den deutschvölkischen Gott an.) Durch unsere Vorwürfe komme die Öffentlichkeit zu falschen Vorstellungen, die „ganz offenbar“ unrichtig seien. Kein geschlossener Anmarsch des Jungdeutschen Ordens habe zum Altar stattgefunden, aber zur Gedtenfeier der Gefallenen ein geschlossener Kirchenbesuch aller hierfür in Frage kommenden Vereine der Gemeinde — Arbeiterverein, Jungdeutscher und Reiterverein — (auch so eine militärisch eingestellte Theatergruppe). Die Banner und Fahnen wurden selbstverständlich vorangetragen, wie der ganze Troß in schmuder Uniform wesentlich zur Feierlichkeit des Gottesdienstes beigetragen habe. Wichtig sei, daß der Geistliche des Todes des Reichspräsidenten nicht gedacht habe. Das kann man sich leicht denken. Der Anblick der ausstaffierten Heerschaaren ließ betarig profane Gedanken nicht aufkommen und es ist auch besser so, daß der Mann sein Herz nicht zur Würdegrube machte. Der deutschvölkische Pastor scheint der richtige Mann am Platze zu sein.

### Die Kirche hat einen guten Wagen . . .

Der Lübecker Ausschuß für die Veranlagung der Kirchensteuer belästigt nun schon seit Wochen mit Steuer- und Veranlagungszetteln auch diejenigen, die seit Jahren der Landeskirche abseitig gelagt haben, eben weil sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, äußerlich einer Religionsgemeinschaft anzugehören und mit Geld zu unterstützen, die ihrer inneren Ueberzeugung anwidert.

Wer aus der Kirche ausgetreten ist, will mit den Herren Pastoren nichts mehr zu tun haben. Manche von ihnen kümmern sich um jeden Quark, treiben bewusst und unbewußt kapitalistische Klassenpolitik und sind immer dabei, wenn es gilt, das Volk auf eine sanfte Art einzulullen.

Die aus der Kirche Ausgetretenen haben keine Lust, zu dem Unterhalt der Pastoren beizutragen. Sie überlassen das Zahlen von Kirchensteuern jenen, die zu feig sind, aus gewonnener Entfernung die Folgerung zu ziehen oder Schwächlingen, denen jeder Mut zur Konsequenz fehlt und die glauben, ohne einen schwarzegekleideten Herrn mit weißer Halskrause weiter leben noch herben zu können.

An diese Gläubigen mag sich der Ausschuß für die Veranlagung der Kirchensteuer wenden. Wer Kirchensteuer zahlen muß, hat keine Ursache darüber zu klagen. Der mag von seinem kümmerlichen Lohn der Kirche seinen Tribut zahlen. Aber der Ausschuß mit dem langen Namen möge doch endlich seine Register in Ordnung bringen und sich die Belastung der Dissidenten erparieren. In der Kirchenkanzlei scheint ja ein heilloses Rudelmüddel zu herrschen. Wie könnte es sonst angehen, daß ein bereits im Jahre 1913 aus der römisch-katholischen Landeskirche ausgetretener Bürger die Aufforderung erhält, Steuern für die Ehefrau und Kinder, die katholisch getauft sind, an die evangelisch-lutherische Gemeinde zu zahlen.

Ist die evangelisch-lutherische Kirche schon so weit, daß sie von den verhassten Päpstlichen die Kirche, die das ganze Steuerjahr über arbeitslos waren den Ringelbeutel füllen lassen muß? Sei es, wie es sei. Wir verlangen, daß der Ausschuß für die Veranlagung der Kirchensteuer endlich seine Bücher in Ordnung bringt und mit den Belastungen aufhört. Unruhe ist schon genug in den betroffenen Kreisen entstanden.

Schlusz. Die Mitglieder-Versammlung der Sozialdemokratischen Partei gedachte zuerst des Ablebens unseres Genossen Fritz Ebert. Sodann hielt der Genosse Malinck einen Vortrag über die jetzige Staatsform und die Stellung der Partei. Er führte den Zusammenhang der Verfassung und des Staatskörpers vor. Wenn letzterer nicht so arbeite wie es wohl sein müsse, so liege dies an dem durchwegs nationalen Beamtenapparat, der sich darauf besinnen müsse, daß er in einer Republik und nicht in einem Kaiserreich lebe. Jeder Genosse müsse seine Kraft aufbringen und mitarbeiten, damit das Erbe des Gen. Ebert bewahrt bleibe. Die Präsidentenwahl stelle große Forderungen an jeden Genossen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Im Verschließen wurde der Vorstand beauftragt, bei den Behörden vorstellig zu werden zwecks Bevorzugung der Hebamme bei einer Wohnungsabteilung, damit man sie zu jeder Zeit und Stunde erreichen kann. Das wurde zugesagt. Zum Schluß wurden noch einige örtliche Angelegenheiten geregelt.

### Filmschau.

wh. Stadthallen-Bühnen. „Mann gegen Weib“, einer von den sentimentalen Eheromanen, behandelt den Reibensweg einer duldbaren, mißverständlichen Frau. Der trunksüchtige Mann macht ihr das Leben zur Hölle, verprakt den letzten Betteppennig, der für das kranke Kind der Mutter gegeben war und treibt sich in den Verbrechensplanen mit verkommenen







**Amülicher Teil**

**Stimmlisten für die Wahl des Reichspräsidenten.**

Die Stimmlisten für die am 20. März 1925 stattfindende Wahl des Reichspräsidenten liegen in der Zeit vom 20. bis einschließlich 28. März 1925 zur Einsicht der Stimmberechtigten aus, und zwar für die Stimmbezirke:

- a) der Stadtgemeinde Lübeck (einschl. Vorwerk, Prempelsdorf, Israelshof, Gohmund, Schönböden und Westsee) in den Sälen des katholischen Gesellenhauses;
- b) des Stadtteils „Kurort und Seebad Travemünde“ in der dortigen Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, Neustraße 3;
- c) der Stadtteile Rüdigh-Verrenhof, Siemdschüllburg und Schlutup in den Geschäftsräumen der dortigen Weibestellen;
- d) der Stadtteile Moisling und Genin in der Weibestelle in Moisling.

Die Stimmlisten können an den Werktagen von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3-5 Uhr nachmittags, am Sonntag, dem 22. März, von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags eingesehen werden.

Stimmberechtigt ist, wer am Abstimmungstage Reichsangehöriger und wenigstens 18 Jahre alt ist. Abstimmen kann nur, wer in eine Stimmliste eingetragen ist oder einen Stimmschein hat. Stimmberechtigte können nur in dem Stimmbezirk abstimmen, in dessen Stimmliste sie eingetragen sind. Inhaber von Stimmscheinen können in jedem beliebigen Stimmbezirk des Abstimmungsbereichs abstimmen.

Wer die Stimmliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann innerhalb der Auslegungsfrist beim Polizeiamt schriftlich oder mündlich Einspruch gegen sie erheben. Soweit die Richtigkeit der Behauptungen nicht offensichtlich ist, sind für sie Beweismittel beizubringen. Ueber die Einsprüche entscheidet das Verwaltungsgericht mit oder ohne mündliche Verhandlung. Das Verfahren wird von ihm nach freiem Ermessen geregelt und ist gebührenfrei.

Lübeck, den 11. März 1925. (4068)

Das Polizeiamt.

Um schnelle Mitteilung des Aufenthalts des Arbeiters **Geinrich Bumann**, geb. 2. Januar 1891 zu Weckhöfel, zuletzt in Lübeck oder Grevesmühlen aufhaltend, wird ersucht. Bumann soll als Zeuge vernommen werden. (4066a)

Lübeck, 14. März 1925.

Der Untersuchungsrichter

**Konkurrenzeröffnung.**

Ueber das Vermögen des Möbeldhändlers **Bruno Raab** in Lübeck, Marktstraße 48, wird heute, am 16. März 1925, nachmittags 5 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Niels Jensen** in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 57, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am **3. April 1925, vormittags 11 Uhr**, im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum **20. April 1925** bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am **1. Mai 1925, vormittags 11 Uhr**, im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefiskus zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum **20. April 1925** Anzeige zu machen.

Lübeck, den 16. März 1925. (4102)

Das Amtsgericht, Abt. 2.

**Travemünde. Nebelsignale**

Der Luftschallender am Schwanener Ufer (siehe Nachrichten für Seefahrer Nr. 617/25) auf 53° 59' 12" N, 10° 58' 48" O und der rd. 200 m davon liegende Wasserfallschallender auf 54° 0' 3" N, 10° 57' 48" O. sollen in der Zeit vom 25. bis 28. März 1925 versuchsweise in Betrieb genommen werden. Wenn keine Störungen eintreten, wird nach einem dreitägigen Dauerbetrieb sofort der ordnungsmäßige Nebelsignaldienst aufgenommen werden. Beide Sender arbeiten mit elektromagnetisch betätigter Membran. Die Leistungen des erzeugten Wasserfalls betragen rd. 150, diejenigen des Luftschalls rd. 325 in der Sekunde. Zur Kennung werden die Morsebuchstaben TM, in folgenden Zeitabständen gegeben:

Wasserschallender: Ton 3 Sekunden, Pause 3 Sekunden, Ton 3 Sekunden, Pause 1 Sekunde, Ton 3 Sekunden, Pause 2 Sekunden.

Luftschallender: Ton 3 Sekunden, Pause 3 Sekunden, Ton 3 Sekunden, Pause 1 Sek., Ton 3 Sekunden, Pause 17 Sekunden, Wiederkehr 45 Sekunden. Es gibt also jeder Sender in 45 Sekunden einmal die Morsezeichen TM.

Die das Etikett bezeichnende Holzspiere ist durch eine Kabelleiste ersetzt. Der von dem roten Schilde des Marktes geschnitten Luftschallender mit 500 mm Trichterdurchmesser ist weiß getrichen. (4104)

Wasserbauamt

Zu verkaufen gut erb. Es kann eine Frau des Namens **Manuel, D-Gut** Büchlein lernen? und **Stiefel** (4064) Ang. u. D 842 an die **Zeitung** i. b. H. G. p. 24 (4065)

**Nichtamtlicher Teil**

Am 16. März, morgens 4 Uhr entschließte sich nach fast einjähriger, schwerer Krankheit meine liebe, gute Frau, Mutter, Tochter, Schwiegertochter und Tante

**Frau Sophie Pralow**

geb. Warncke  
im 48. Lebensjahre.  
In unsagbarem Schmerz im Namen sämtlicher Hinterbliebenen  
**Paul Pralow**, Geninerstr. 8.  
Trauerfeier: Freitag, den 20. März 1925, vormittags 10 1/2 Uhr, Kapelle Purgtor-Friedhof. 4102



Heute mittag 12 1/2 Uhr nahm uns Gott nach läng. schwerem Leiden unter alles, meinen innigstgeliebten Mann, meiner Kinder trübsorg. Vater Schwiegervater, Bruder, Schwager u. Onkel

**Gottwilt Joh. Hartmann**

nach einem arbeitsreichen Leben im Alter von 59 Jahren.  
In tiefem Schmerz  
**Ernestine Hartmann**, geb. Dahmke,  
**Walter Hartmann u. Frau**, Schweden,  
**Max Hartmann u. Frau**,  
**Karl u. Günther Hartmann**,  
Großmutter, sowie die übrigen Angehörigen  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. 8 25, 2 1/2 Uhr, von der Johanneskirche in Rüdigh aus statt. (4107)

Nach langer schwerer Krankheit starb am Sonntag mein lieber Mann, unser guter Vater, mein lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel (4182)

**Johannes Oldörp**

im 49. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer  
**Frieda Oldörp**  
geb. **Rehsöht**  
und Kinder nebst allen Angehörigen  
Lübeck, den 16. März, Friedenstr. 75, I.  
Beerdigung Donnerstag, den 19. März 4 Uhr, Kapelle Vorwerk.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**

**Joh. Oldörp**

Am 15. März ist unser treuer Kamerad verstorben. (4098)  
Ehre seinem Andenken.  
Beerdigung am Donnerstag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr, Kapelle Vorwerk. Träger und Geolge stellt die 9. Abteilung. Kameraden vom gesamten Reichsbanner, die dienstfrei sind, nehmen ebenfalls teil.  
Der Vorstand.

**Segler-Klub Hansa von 1898.**

**Johannes Oldörp.**

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb unser langjähriger Ewigenosse  
Seit dem Jahre 1910 dem Segler-Klub Hansa angehörend, hat er stets in selbstloser Weise an den Arbeiten und Ausgängen des Klubs teilgenommen und ist bis in die letzte Zeit ein aufrichtiger Segler gewesen. Sein Andenken wird von uns allen in Ehren gehalten werden.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, 19. März, nachm. 4 Uhr auf dem Vorwerk Friedhof statt. Treffpunkt 3 1/2 Weißer Fisch, mit Kindmütze erscheinen.

**Ladiergehilfen**

**Friedel Folkers,**

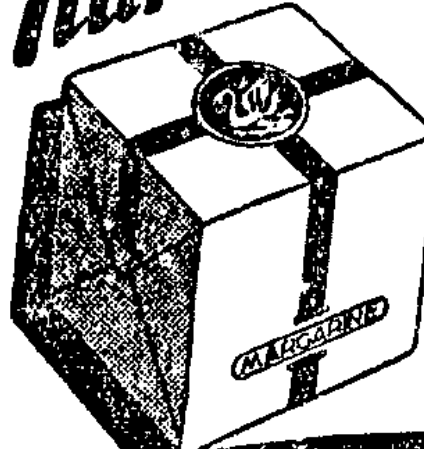
Antw. u. Wageladereinstell., Bornstr. 19-19a  
Jernstr. 1613

Unterh. großer Kinderwagen zu verk. (4071)  
Gärtnerpasse 23, I

Kleinerer Kinderwagen zu verk. (4072)  
Häufel, Vönggstr. 11 III

Wesl. 1000-1500M alte erste Dopp. gee. hoch. Zim. in Isoldenstr. Grundstück 2200 M. Ang. u. D 842 an die G. p. 24 (4065)

**Nur in dieser Verpackung**



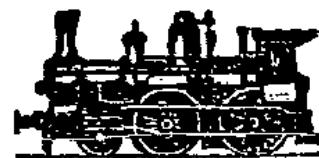
wird die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ geliefert; achten Sie hierauf beim Einkauf! „Schwan im Blauband“ ist der vollendetste Butterersatz, und jeder, der einen Versuch damit gemacht hat, wird gewiss, niemals etwas Ähnliches gekostet zu haben.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

**Schwan im Blauband**



Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.



**Sundbladen**

Die im Bereiche der Lübeck-Büchener und Gutin-Lübecker Eisenbahnen in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 gefundenen Gegenstände wurden am 4. Mai 1925 von 9 Uhr vormittags ab versteigert, soweit sie bis dahin nicht zurückgefordert worden sind. (§§ 680/1 R. G. B.)

Das **Sundbüro** der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**

Ortsgruppe Lübeck.  
Am 15. März verstarb unser langjähriger Kollege

**J. Oldörp.**

Ehre (4089) seinem Andenken!  
Beerdigung am Donnerstag, dem 19. März, nachmittags 4 Uhr, Kapelle Vorwerk  
Die Ortsverwaltung

**Deutscher Verkehrsbund**

Ortsverwaltung Lübeck  
**Nachruf**  
Am 18. d. Mts verstarb unser Kollege, der Hafnarbeiter (4091)

**Heinrich Koop**

Ehre seinem Andenken!  
Beerdigung findet am Mittwoch, dem 18. d. Mts, nachmittags 2 Uhr, auf dem Vorwerk Friedhof statt  
Die Ortsverwaltung

Frau sucht Beschäftigung, auch für d. sonn. Tag. Angeb. u. D 842 an die G. p. 24 (4087)

Ruhiges Ehepaar sucht 1-2 leere Zimmer in Vorstadt. Ang. u. D 841 an die G. p. 24 (4085)

12 junge Legehühner u. verkaufen. (4109)  
Brüderstraße 11, I.

Gesundes Füttertschwein od. ar. Zuchtart gef. **Jal. Fleck-Tremelamp** 15 I

Kindelkleider werden billig angef. Ang. unt. D 839 an d. G. p. 24 (4075)

Kleiner Zentier zu verkaufen. Purgtor (4078)  
2. Döhlenkoppel 7a, I.

**Erklärung**

Herr **H. Burmeister**, Inhaber der Firma Meyer & Burmeister, fühlt sich veranlaßt, sich in einem Flugblatt, betitelt „Kohlenstand“ mit der freien Vereinigung der Kohlenhändler Lübecks, insbesondere aber mit meiner Person zu beschäftigen. Ich erkläre hierdurch, daß an den Ausführungen kein wahres Wort ist, was Herrn Burmeister auch bekannt ist. Wenn in dem Flugblatt erwähnt wird, daß bereits einige Prozesse in dieser Angelegenheit geführt werden, so ist dies zwar richtig. Der Verfasser hat aber wohlweislich verschwiegen, daß die Prozesse, soweit sie bereits entschieden sind, rechtskräftig zu Ungunsten der Anzeigenden ausgefallen sind. Im übrigen richtet sich die Tendenz des Flugblattes selbst. Trohdem habe ich meinen Rechtsbeistand sofort beauftragt, die gerichtlichen Schritte gegen den Verfasser des Flugblattes einzuleiten.

Lübeck, den 16. März 1925. (4081)

**Paul Ihde,**

i. Fa. Possehl's Eisen- und Kohlenhandel  
G. m. b. H.

**Dr. Unger verweist**

Donnerstag bis Sonntag  
Nächste Sprechstunde  
Montag, d. 23. März, 11-12

**Lübecker Privatbank, Lübeck.**

Unter Bezugnahme auf unsere früheren Bekanntmachungen (Deutscher Reichsanzeiger vom 26. Januar 1925 und 19. Februar 1925) über die Durchführung der Umstellung unseres Grundkapitals fordern wir die Inhaber unserer Papiermarktketten über M. 600.— und über M. 1200.— nochmals auf, ihre Aktien mit Gewinnanteilschein für 1924 u. ff. bis spätestens **30. April ds. Js.** einschließlich bei unserer Gesellschaftskasse in Lübeck einzureichen.

Gegen je nom. M. 12000.— Aktien in Stücken a. M. 600.— und M. 1200.— mit Gewinnanteilscheinen für 1924 u. ff. werden je 3 Aktien über je M. 20.— mit Gewinnanteilschein 1924 u. ff. ausgehändigt. Soweit Aktien a. M. 600.— und M. 1200.— in einer nicht zum Ersatz durch Reichsmarkaktien genügenden Zahl eingereicht werden, kommen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen auf den Inhaber lautende Anteilscheine zur Aushändigung. Unsere Bank ist bereit, den An- und Verkauf von Spitzenbeträgen zu vermitteln.

Die Aktien über je nom. M. 600.— und über je M. 1200.— die nicht zur Einreichung gelangen, werden für kraftlos erklärt. Die Kraftloserklärung erfolgt gleichfalls bezüglich der eingereichten Aktien a. M. 600.— und M. 1200.—, welche die zum Ersatz durch Reichsmarkaktien erforderliche Zahl nicht erreichen und unserer Bank nicht zur Verwertung für Rechnung der Einreicher zur Verfügung gestellt werden bzw. für welche die Ausstellung eines Anteilscheins nicht beantragt wird.  
Lübeck, im Januar 1925. (4106)  
Lübecker Privatbank.

**Kinder-Bettstellen**

weiß mit Gitter,  
von 17.75 bis 65.—

**Große Bettstellen**

von 16.50 bis 75.—

**Gebrüder Heffl**

Untertrabe 111/112  
1. Stock, kein Laden  
b. d. Döhlenstr. (4055)

**Rasiermesser**

von mir persönlich mit Handarbeit versehen, schneiden vorzüglich, ein Versuch überzeugt

**Oldorf**

Nuxstraße 50

Schleiferei (4077)  
u. Reparaturwerkstatt

**Tesching**

für 5 Mark zu verkaufen

Ich zahle die allerhöchsten Preise für

**Felle**

und (4061)

**Haare**

**Josef Wagner** Tel. 9414  
Anwartschaft 25 Marktsch. 8 Beste Absatzquelle für Händler und Private

**Zigarren**

eigenes Fabrikat nur gute Tabake

**C. Wittfoof**

Ohre Käsestraße 18

**Frische Leber . . . . . 50**

**Frisches Gehacktes 60**

**Frisches Rindfleisch 60**

**Otto Stöver, Wahnstr. 22**

Hersteller zahlt 100 Mk. wenn „Niesolda“ nicht in 10 Min. bei Mensch u. Tier Kopf, Füllz, Kleider, Fische (Brut) vertilgt. Keine Wunde mehr oft bei einmaliger Anwendung von „Niesolda“.  
Verkauf nur Regienstraße 4 (4088)

**Pa. ger. Schweinsbuden ohne Knochen 100**

Pa. fr. Gehacktes 50 Pa. fr. Gulach 50 Pa. fr. Karbonade 100 Pa. fr. feinste Knackwurst 80 Pa. fr. Karbonade 100 Pa. fr. feinste Knackwurst 80

**Adresskarten**

werden angefertigt bei **Fr. Meyer & Co., Johannesstr. 46**